Jahresbericht 2007

Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
D-49074 Osnabrück
Fon: +49.(0)541.600.35.42
Fax: +49.(0)541.600.79.039
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de

© 2008 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Druck: Günter-Druck GmbH, Georgsmarienhütte
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2008

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

Seite

Vorwort ... 4

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung ... 7

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben ... 9
1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben ... 9
1.2. Reihe „Forschung DSF“ ... 17
1.3. Evaluierung der Forschungsprojektförderung ... 17
1.4. Forschungsinitiativen der DSF ... 18
1.5. Förderung des „Friedensgutachtens“ ... 19
1.6. Die Förderung von Kleinprojekten ... 20
1.7. Zeitschriftenförderung ... 27
2. Struktur- und Nachwuchsförderung ... 29
2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg ... 29
2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem ... 29
2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ ... 31
2.4. Geistes- und Sozialwissenschaftliche Studiengänge ... 32
2.5. Das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung der DSF ... 34

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen ... 35

1. Kooperation mit dem Auswärtigen Amt für das 16. Forum Globale Fragen „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung“ ... 35
2. Parlamentarischer Abend 2007 „Frieden durch Staatlichkeit?“ ... 36
3. Veranstaltungszyklus: Energie, Ressourcen, Frieden ... 38
4. Angliederung der Ludwig Quidde-Stiftung an die DSF ... 40
5. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit ... 41

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung ... 42

1. Der Stiftungsrat ... 42
2. Der Wissenschaftliche Beirat ... 44
3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück ... 46
4. Die Schirmherrschaft ... 46

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht ... 47

1. Entwicklung des Stiftungsvermögens ... 42
2. Finanzielle und wirtschaftliche Situation zum Jahresende 2007 ... 42

V. Anhang ... 53

Vorwort

Der Jahresbericht 2007 stellt die Förderbereiche der Deutschen Stiftung Friedensforschung vor und gibt einen Einblick in die erbrachten Förderleistungen. Er beschreibt ferner die Struktur und Arbeitsweise der Stiftung und berichtet über Veranstaltungen und Ereignisse, die für die Stiftung im zurückliegenden Jahr von Bedeutung waren.

Die Stiftung wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als kapitalgedeckte Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Als Einrichtung der Forschungsförderung finanziert und initiiert die DSF Vorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Ihre zentralen Förderbereiche liegen in der Forschungsprojektförderung sowie in der Finanzierung des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung. Die Stiftung beteiligt sich zudem an der Vernetzung der Friedens- und Konfliktforschung auf nationaler und internationaler Ebene. Sie unterstützt die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die politische Praxis und Öffentlichkeit.

Das gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt Anfang März 2007 ausgerichtete 16. Forum Globale Fragen „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung" bildete einen der Höhepunkte des Berichtsjahres. Hiermit gelang es der Stiftung, die Aufmerksamkeit auf ein Thema zu lenken, das in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bedeutungsverlust in der internationalen Politik erlitten hatte. Vor dem Hintergrund der Krise der multilateralen Rüstungskontrollregime und der wiedererstarkten Rüstungsdynamik bedarf es neuer politischer Initiativen, um die friedensgefährdenden Risiken dieser Entwicklung zu begrenzen und zu neuen multilateralen Übereinkommen zu gelangen.

Mit dem Veranstaltungszyklus „Energie, Ressourcen, Frieden", der Mitte September 2007 von der DSF gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung sowie der Right Livelihood Award Foundation ausgerichtet wurde, griff die Stiftung ein weiteres Thema auf, das in Politik und Öffentlichkeit derzeit große Beachtung findet. Untersuchungen zur prognostizierten Verknappung von Ressourcen wie Wasser, Lebensmittel, fossile Energieträger und industriell verwertbare Rohstoffe und deren Folgen für das friedliche Zusammenleben stellen auch für die Friedens- und Konfliktforschung weitgehend Neuland dar. Mit dem Fortschreiten des globalen Klimawandels kommen möglicherweise verschärfende Faktoren hinzu, die ein frühzeitiges Nachdenken darüber erforderlich machen, wie einer potenziell gewaltträchtigen Entwicklung mit geeigneten Maßnahmen vorgebeugt und die internationalen Governance-Strukturen an die Erfordernisse angepasst werden können. Die Stiftung hat deshalb eine weitere Forschungsinitiative eingeleitet, um die einschlägig interessierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammenzuführen und innovative Forschungsvorhaben anzuregen.

Einen weiteren wichtigen Akzent setzte die Stiftung im Oktober 2007 mit dem nunmehr schon dritten Parlamentarischen Abend in Berlin. Die Referenten des Abends setzten sich mit dem Thema „Was können multilaterale Friedensmissionen beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten leisten?" auseinander. Damit knüpfte die Stiftung an die Themenstellungen der Vorjahre an, die sich mit dem „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" der Bundesregierung sowie mit der Erfahrungsbilanz von multilateralen Friedensmissionen befasst hatten.

In ihre Forschungsprojektförderung nahm die Stiftung insgesamt fünf größere Forschungsvorhaben mit einem Finanzierungsvolumen von rund 612 Tsd. Euro auf, deren Themenstellungen vielfältige Anknüpfungspunkte zu bereits geförderten Projekten bieten.

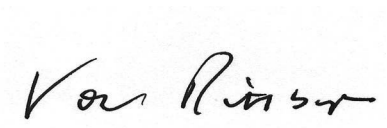
In der Kleinprojektförderung verzeichnete die DSF eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Fördermitteln. Die Stiftung entschloss sich daher, das hierfür vorgesehene Jahresbudget 2007 um ein Viertel zu erhöhen. Die DSF konnte so insgesamt elf Kleinprojekte in Form von Pilotstudien und Tagungen mit einem Finanzvolumen von rund 123 Tsd. Euro in die Förderung aufnehmen.

Eine erfreuliche Entwicklung nahm die Konsolidierung des Stiftungsvermögens. Mit der Zuführung einer weiteren Million aus dem Bundeshaushalt konnte der durch die Finanzierung des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung eingetretene Substanzverlust vollständig ausgeglichen werden. Darüber hinaus erhielt die Stiftung zum Jahresende 2007 erstmals einen Aufstockungsbetrag zum Stiftungskapital in Höhe von 1,5 Mio. Euro, so dass sich das Grundkapital der Stiftung auf insgesamt 27,06 Mio. Euro erhöhte. Den hierdurch entstehenden Ertragszuwachs wird die DSF auch dafür einsetzen, Förderleistungen im Bereich der Vernetzung und des Transfers zu übernehmen, die bisher von der Ende 2007 aufgelösten Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) erbracht worden waren. Der Dank für diese finanzielle Unterstützung gilt den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Vertreterin der Stifterin, der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan.

Sowohl in der Forschungsprojektförderung als auch bei der Nachwuchsförderung steht die Stiftung unter erheblichen Zugzwang, ihre Förderleistungen anzupassen bzw. fortzuschreiben. So ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer steigenden Kostenentwicklung die Flexibilisierung der Förderhöchstbeträge für die Projektförderung dringend erforderlich. Des Weiteren gilt es, den Satzungsauftrag zu erfüllen und eine auf Dauer eingerichtete Nachwuchsförderung zu betreiben. Die Umsetzung dieser Aufgaben stellt die Stiftung jedoch vor erhebliche finanzielle Herausforderungen, die bei der vorhandenen Kapitalausstattung nur mit großen Einschränkungen bewältigt werden können. Eine weitere Aufstockung des Stiftungsvermögens wird folglich eine unabdingbare Voraussetzung sein, um die satzungsmäßig vorgegebenen Aufgaben der Stiftung erfüllen zu können.

Die Stiftung ist zahlreichen Förderern und Kooperationspartnern zu großem Dank verpflichtet. An erster Stelle steht die Vielzahl von Wissenschaftlern und Wissenschaft-

lerinnen, die durch ihre ehrenamtliche Gutachtertätigkeit die Förderaktivitäten unterstützten. Des Weiteren konnte die Stiftung bei der Ausrichtung von eigenen Veranstaltungen stets mit der bereitwilligen Unterstützung durch die Projektnehmer und Projektnehmerinnen rechnen. Die großen Kooperationsveranstaltungen hätten ohne eine konstruktive Zusammenarbeit der Projektbeteiligten nicht den entsprechenden Erfolg erbracht. Ihnen allen danke ich im Namen des Stiftungsrats sehr herzlich für ihr Engagement und hoffe, dass sich diese fruchtbare Zusammenarbeit in der Zukunft fortsetzen wird. Schließlich beziehe ich in den Dank der Stiftung auch die Kooperationspartner und Freunde ein, die bei zahlreichen Anlässen die Stiftungsaktivitäten unterstützend begleitet haben.



Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung erfüllt ihren Satzungsauftrag insbesondere durch die Förderprogramme. Im Zentrum der Aktivitäten steht die Forschungsprojektförderung, in deren Rahmen wissenschaftliche Untersuchungen und Veranstaltungen der Friedens- und Konfliktforschung unterstützt werden. Darüber hinaus fördert die Stiftung Vorhaben, die die strukturelle Entwicklung dieses Forschungsgebietes sowie die Ausbildung und Qualifizierung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte zum Ziel haben.

Des Weiteren übernimmt die Stiftung satzungsgemäß eine initiierende Rolle, indem sie Impulse für die Erschließung neuer Forschungsgebiete und für die strukturelle Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung gibt. Mit dieser Zielsetzung kann die DSF nationale und internationale Konferenzen sowie Forschungskonsultationen durchführen, um innovative Forschungsvorhaben anzuregen und einschlägige Forschungsaktivitäten miteinander zu vernetzen. Aufgrund begrenzter Fördermittel verzichtete die Stiftung bisher darauf, thematische Schwerpunktprogramme in der Forschungsprojektförderung auszuschreiben. Eigene Initiativen entfaltete sie in zwei Themengebieten, die zwar in den öffentlichen friedens- und sicherheitspolitischen Debatten eine große Bedeutung erlangten, in der wissenschaftlichen Forschung jedoch nur unzureichend Widerhall fanden: die Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und in Friedensprozessen sowie der globale Klimawandel und das Auftreten neuer Gewaltkonflikte.[1]

Die Förderpraxis der DSF orientiert sich an den im Jahr 2000 verfassten Leitlinien der Forschungsförderung unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“, die eine Struktur- und Findungskommission in der Gründungsphase der Stiftung ausgearbeitet hatte. Diese Leitlinien bilden vorerst noch den Rahmen für die Förderschwerpunkte und definieren folgende drei zentrale Themenkomplexe:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

Im Anschluss an die im Herbst 2007 begonnene erstmalige Evaluierung der Forschungsprojektförderung soll geprüft werden, ob die in den Leitlinien aufgeführten Schwerpunktthemen noch eine hinreichende Aktualität besitzen und ob sie gegebenenfalls überarbeitet werden müssen.

Die Bewertungskriterien für die Projektförderung der DSF sind in den „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ festgelegt, die vom Stiftungsrat im März 2004 beschlossen wurden. Wichtige Maßstäbe sind vor allem die wissenschaftliche Qualität und die Originalität eines Vorhabens, aber auch die Berücksichtigung des Ergebnistransfers in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Außerdem werden strukturelle Gesichtspunkte für die Bewertung herangezogen, wie z. B. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die internationale Zusammenarbeit oder die Erhöhung des Anteils an Wissenschaftlerinnen. Für die Antragstellung stellt die Stiftung Leitfäden zur Verfügung, die je nach Antragsart Auskunft über den Umfang der erforderlichen Unterlagen sowie über die sinnvolle Gestaltung der Anträge auf Projektförderung geben.

Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 nahm die DSF 40 größere Forschungsvorhaben in die Förderung auf. Hierfür stellte die Stiftung finanzielle Mittel in

1 Siehe hierzu die Erläuterungen in Kapitel 1.4. des Jahresberichts.

einer Höhe von 4,73 Mio. Euro bereit. Bis Ende 2007 wurden insgesamt 31 Projekte abgeschlossen.

Darüber hinaus förderte die Stiftung seit ihrer Gründung mehr als 90 Kleinprojekte in Form von kleineren Forschungsvorhaben oder Pilotstudien, Tagungen, Publikationen und Fachzeitschriften. Das Gesamtvolumen dieser Förderleistungen beläuft sich bis Ende 2007 auf 668 Tsd. Euro. Sowohl die anhaltend große Nachfrage nach Fördermitteln für Kleinprojekte als auch die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, dass dieses Förderinstrument eine wichtige Funktion erfüllt, um den innerwissenschaftlichen Austausch sowie die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu unterstützen. Zudem leistet die DSF mit der Finanzierung von Pilotstudien einen Beitrag, innovative Forschungsvorhaben zu entwickeln. Darüber hinaus kann mit Hilfe von Kleinprojekten auch die Verknüpfung von Wissenschaft und politischer Praxis befördert werden.

Die im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung unterstützten Vorhaben lassen sich von wenigen Ausnahmen abgesehen folgenden Themenschwerpunkten zuordnen:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Gewalt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Friedenspädagogik
- Historische Friedensforschung

In Ergänzung zur Forschungsprojektförderung nahm die Stiftung im Jahr 2007 das „Friedensgutachten“ in ihre Förderung auf. Der Förderzeitraum hierfür erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Die zweite Förderlinie der Stiftung dient der nachhaltigen Stärkung der strukturellen Rahmenbedingungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Unmittelbar nach Gründung der DSF beschloss der Stiftungsrat ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, für das insgesamt fünf Millionen Euro unter Inkaufnahme eines zeitweiligen Kapitalverzehrs bereit gestellt wurden. Die Vergabe der Fördermittel wurde in den Jahren 2002 bis 2006 abgeschlossen, weshalb im Rahmen dieses Programms keine weiteren Fördermittel ausgeschrieben werden. Diese Struktur- und Nachwuchsförderung setzt sich aus vier Teilprogrammen zusammen. So konnte die Stiftung schon im Herbst 2002 mit der Finanzierung des postgradualen Masterstudiengangs „Master of Peace Studies“ an der Universität Hamburg sowie der Promotionsförderung mit Betreuungssystem an drei Standorten – Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/M.; Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Zentrum für Konfliktforschung (CCS) der Universität Marburg – beginnen. Ein Jahr später bewilligte die Stiftung Fördermittel zur Einrichtung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Masterstudiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Im Wintersemester 2004/05 wurde an drei Universitäten – Universität Marburg und Tübingen sowie FernUniversität Hagen – der Studienbetrieb aufgenommen. Zuletzt vergab die Stiftung im Jahr 2004 die Fördermittel für die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an die Universität Hamburg.

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben

In der Forschungsprojektförderung hat die Stiftung zwei unterschiedliche Förderbudgets eingerichtet, für die jeweils eigene Verfahren und Fördervolumina festgelegt wurden:

Größere Forschungsvorhaben können mit einer Laufzeit von bis zu 24 Monaten beantragt werden. Der Förderhöchstbetrag liegt für diesen Zeitraum bei 150 Tsd. Euro. Anträge auf Projektförderung können zweimal jährlich, zum 1. Juni und 1. Dezember, bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Gefördert werden aus diesen Mitteln vorzugsweise Forschungsprojekte, in Einzelfällen auch größere Konferenzprojekte. Für die fachliche Bewertung der Forschungsvorhaben holt die Stiftung mindestens zwei unabhängige Fachgutachten ein. Bei Eigenanträgen aus dem Kreis der im Stiftungsrat vertretenen Institutionen ist ein obligatorisches Drittgutachten durch den zuständigen Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorgesehen. Die Gutachten bilden die Grundlage für die Bewilligungsentscheidungen des Stiftungsrats der DSF.

Kleinprojekte sind auf einen Förderhöchstbetrag von 20 Tsd. Euro begrenzt. Gefördert werden in diesem Rahmen sowohl kleine Forschungsvorhaben und Pilotstudien, die der Erschließung eines neuen Forschungsfeldes dienen, als auch Tagungen und wissenschaftliche Kolloquien sowie – in begrenztem Umfang – wissenschaftliche Veröffentlichungen. Die Antragstellung ist nicht an feste Termine gebunden. Ein angemessener zeitlicher Vorlauf zum vorgesehenen Durchführungszeitraum ist jedoch erforderlich. Bei Anträgen auf Tagungsförderung ist eine sechsmonatige Antragsfrist einzuhalten. Für die fachliche Beurteilung der eingereichten Anträge wird in der Regel ein externes Fachgutachten eingeholt. Die Bewilligung der Anträge auf Förderung von Kleinprojekten fällt in die Zuständigkeit des Geschäftsführenden Vorstands der DSF.

Seit dem Beschluss des Stiftungsrates vom November 2005 fördert die DSF aus dem Budget für Kleinprojekte auch Fachzeitschriften. Mit diesem zusätzlichen Angebot will die Stiftung einen Beitrag sowohl zur nachhaltigen Strukturförderung als auch zur Herausbildung einer Fachkultur im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung leisten. Anträge mit einem Volumen von bis zu 10 Tsd. Euro für einen zweijährigen Förderzeitraum (max. 5 Tsd. Euro pro Jahr) können jederzeit bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Für die Antragstellung steht ein gesonderter Leitfaden zur Verfügung.

Im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung fördert die Stiftung auch internationale Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung einer deutschen Partnerinstitution, über die die finanzielle Abwicklung des Projektes erfolgt. Sofern das Vorhaben im Ausland stattfindet, können vorzugsweise die anteiligen Projektkosten der inländischen Einrichtung übernommen werden.

1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben

Im Wirtschaftsplan für 2007 hatte die Stiftung Fördermittel für größere Forschungsvorhaben in einem Gesamtumfang von bis zu 680 Tsd. Euro ausgewiesen. Im Rahmen dieser Budgetvorgabe bewilligte die DSF fünf Forschungsvorhaben mit einem Finanzierungsvolumen von rund 612 Tsd. Euro. Für das Berichtsjahr 2007 lag die Förderquote der DSF bei größeren Projekten bei 33 Prozent.

Zum 1. Juni 2006[2] gingen bei der Geschäftsstelle sechs Anträge auf Projektförderung mit einem Gesamtvolumen von 749 Tsd. Euro ein, von denen auf der Grundlage der Gutachten zwei Vorhaben bewilligt werden konnten. Das von Dr. Wolfgang Reinicke, Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin, geleitete Vorhaben wurde aufgrund der günstigen Budgetlage dem Wirtschaftsjahr 2006 zugerechnet[3], weshalb nur das Vorhaben von Dr. Wolfgang Wagner in den Berichtszeitraum fällt.

Bewilligte Forschungsvorhaben

Antragstermin: Juni 2006

Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien	Projektleiter: **Dr. Wolfgang Wagner** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M. Projektbearbeiter: Dirk Peters
Forschungsprojekt Laufzeit: 15 Monate - Jun. bis Jul. 2007 und Dez. 2007 bis Dez. 2008 Fördersumme: 94.846 Euro	

Das Forschungsvorhaben geht von der Beobachtung aus, dass die demokratische Kontrolle der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in westlichen Demokratien auf sehr unterschiedliche Weise ausgeübt wird. So sind die Regierungen in einigen Staaten an eine Zustimmung des Parlaments gebunden, in anderen Staaten muss das Parlament nicht einmal konsultiert werden. Am Beispiel der parlamentarischen Mitbestimmungs- und Kontrollbefugnisse untersucht das Team um den Projektleiter Dr. Wolfgang Wagner, der derzeit an der Freien Universität Amsterdam forscht und lehrt, aber weiterhin das Vorhaben bei der HSFK betreut, mit einem vergleichenden Forschungsansatz, von welchen Faktoren die Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften abhängig sind. Hierfür wurden fünf Hypothesen entwickelt, die mit Hilfe des erhobenen Datenmaterials überprüft werden sollen. In die Untersuchung werden insgesamt 26 Staaten einbezogen, die durch einen hohen Demokratie-Wert (Polity IV-Skala) und ein hohes ökonomisches Entwicklungsniveau gekennzeichnet sind. Die vergleichende Analyse erfolgt mit Hilfe der Qualitative Comparative Analysis (QCA). Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens werden nicht nur dazu beitragen, die unterschiedlichen Entscheidungsprozesse und Herangehensweisen verständlicher zu machen, sie werden in der weiteren Perspektive

2 Bewilligte Vorhaben aus der Antragsrunde zum 1. Juni fallen in der Regel in den Berichtszeitraum des nachfolgenden Jahres.
3 Siehe Jahresbericht 2006, S. 18-19.

auch Bedeutung dafür haben, wie künftig auf europäischer Ebene über den Einsatz gemeinsamer Streitkräfte entschieden wird.

Zum zweiten für das Berichtsjahr 2007 maßgeblichen Einreichungstermin, am 1. Dezember 2006, gingen bei der Geschäftsstelle der DSF insgesamt zwölf Anträge auf Projektförderung ein, die in das Begutachtungsverfahren aufgenommen werden konnten. Das Antragsvolumen betrug rund 1,36 Mio. Euro. Der Stiftungsrat bewilligte vier Vorhaben, die die Förderkriterien der Stiftung hinreichend erfüllten:

Bewilligte Forschungsvorhaben

Antragstermin: Dezember 2006

Parliamentary Control of the Security Sector. A Comparative Study of Indonesia and Nigeria	Projektleiter: **Prof. Dr. Jürgen Rüland** Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg Projektbearbeiter/innen: Gabriela Manea, MA; Dr. Hans Born; Poltak Partogi Nainggolan, MA; Adedeji A. Ebo
Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate - Nov. 2007 bis Okt. 2009 Fördersumme: 150.000 Euro	

Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland	Projektleiter: **Prof. Dr. Wolfgang Frindte** Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena Projektbearbeiter/in: Nicole Haußecker, MA; Dipl.-Psych. Jens Jirschitzka
Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate - Aug. 2007 bis Jul. 2009 Fördersumme: 149.000 Euro	

Strategie, Anarchie oder fehlendes internationales Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen	Projektleiter/in: **Prof. Dr. Gerald Schneider;** **Dr. Margit Bussmann** Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz Projektbearbeiterin: Claudia Bernhard
Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate - Jun. 2007 bis Mai 2009 Fördersumme: 94.500 Euro	

Tourism, Peace and Conflict. How far does Self-interest carry?	Projektleiter: **Dr. Markus Raueiser** Cologne Business School in Kooperation mit **Prof. Dr. Laurent Goetschel** swisspeace Projektbearbeiter/innen: Ulrike Joras, M.A.; Karsten Palme, M.A.; Lisa Rimli, M.A.
Forschungsprojekt Laufzeit: 13 Monate - Feb. 2008 bis Feb. 2009 Fördersumme: 123.852 Euro	

Die bewilligten Forschungsvorhaben befassen sich mit sehr unterschiedlichen Themenstellungen, die jedoch die bisherigen Förderschwerpunkte der Stiftung gut ergänzen. Prof. Dr. Jürgen Rüland, Seminar für wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg, und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wenden sich der Frage zu, wie noch junge, politisch häufig instabile Demokratien konsolidiert werden können, indem mächtige potenzielle Gegenspieler in die demokratische Ordnung eingebunden werden. Diese finden sich vor allem im Militär und in den Sicherheitsdiensten, die an der früheren autoritären Herrschaftsform unmittelbar beteiligt waren. Sie verteidigen nun ihre Interessen und versuchen häufig, den Übergang zu demokratischeren Regierungsformen zu behindern oder aufzuhalten. Am Beispiel Indonesiens und Nigerias soll vergleichend untersucht werden, wie eine zivile Vorherrschaft erreicht werden kann, die auf einer demokratischen Kontrolle des Militärs basiert. Die Forschungsfragen richten sich vor allem auf die Rolle der Parlamente als legitimierte Kontrollorgane. Unter welchen Bedingungen können die Parlamente diesem Auftrag nachkommen, und welche Strategien kommen zum Einsatz? Die Befunde sollen Schlussfolgerungen darüber ermöglichen, welche Governance-Strukturen sich im Sicherheitssektor als effektiv erweisen und wie der Übergang zur Demokratie konsolidiert werden kann, nicht zuletzt auch in Sinne einer nachhaltigen Friedenssicherung.

Das zweite neu in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben widmet sich aus einer sozialpsychologischen und kommunikationswissenschaftlichen Perspektive der Frage der medialen Konstruktion und individuellen Verarbeitung von terroristischen Gewaltakten. Diese gefährden durch das Zusammenwirken von terroristischen Aktionen und antiterroristischen Reaktionen in zunehmendem Maß die freiheitlichen Grundlagen von Zivilgesellschaften. Der Projektleiter Prof. Dr. Wolfgang Frindte, Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena, und sein Forschungsteam haben sich zum Ziel gesetzt zu erklären, wie und mit welcher Absicht die mediale Berichterstattung über Terrorismus die Aufmerksamkeit des Publikums auf bestimmte Vorstellungen und Interpretationen lenkt. Des Weiteren soll untersucht werden, welches alltägliche Terrorverständnis sich in der deutschen Bevölkerung herausgebildet hat und wie sich die von den Medien konstruierten Bilder hierin widerspiegeln. Auf der Grundlage einer umfassenden Medienanalyse sowie von Befragungen zur Mediennutzung wollen die beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Schlussfolgerungen ziehen, ob und wie Verhaltensformen und Einstellungen zu Sicherheit, Solidarität und demokratischen Werten durch die medialen Bilder über den Terrorismus beeinflusst werden. Das Vorhaben kann einen Beitrag dazu leisten, wissenschaftlich fundierte Instrumente zu entwickeln, um Bedrohungen durch den Terrorismus und seine Folgen künftig besser beobachten und beurteilen zu können.

Mit den Ursachen willkürlicher einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen setzt sich das von Prof. Dr. Gerald Schneider und Dr. Margit Bussmann, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz, geleitete Forschungsvorhaben auseinander. Es widmet sich einer Forschungsfrage, die mit den vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen noch nicht hinreichend beantwortet werden konnte. Die Zielsetzung des Projektes besteht darin zu klären, auf welche Umstände Gewaltaktionen gegenüber der Zivilbevölkerung oder Gefangenen zurückzuführen sind. Hierfür werden im Rahmen einer Längsschnittanalyse Fälle von einseitiger Gewaltausübung in Bürgerkriegen seit dem Zweiten Weltkrieg mit quantitativen und qualitativen sozialwissenschaftlichen Methoden analysiert und mit den widerstreitenden Erklärungsansätzen der Forschung konfrontiert. Die Forschungsarbeiten werden in Kooperation mit dem International Peace Research Institute in Oslo (PRIO) durchgeführt. Die empirische Grundlage des Vorhabens beruht auf der Erhebung zusätzlicher Daten für das *Armed Conflict Location and Event Dataset (ACLED)*. Darüber hinaus wird ein Datensatz zu den Genfer Konventionen und den Aktivitäten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) erstellt.

Das federführend von der Cologne Business School betreute Forschungsvorhaben zum Wechselverhältnis von Tourismus und Frieden knüpft an einen relativ neuen Forschungsstrang an, der sich mit der Rolle von Unternehmen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen auseinandersetzt. Das Projekt wird in enger Kooperation mit swisspeace in Bern durchgeführt, das bereits auf einschlägige Forschungsarbeiten zurückgreifen kann. Das Projektteam um Dr. Markus Raueiser, Cologne Business School, und Prof. Dr. Laurent Goetschel, swisspeace, geht von der Annahme aus, dass Gewaltkonflikte für den Tourismus und damit auch für die Tourismusindustrie negative Auswirkungen haben. So ist die Branche im Fall einer Konflikteskalation durch den Rückgang des Reiseaufkommens und die Gefährdung der eigenen Investitionen wirtschaftlich stark betroffen. Sie ist zudem für die unternehmerische Tätigkeit auf eine gute Zusammenarbeit mit lokalen staatlichen und privaten Akteuren angewiesen. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass der Tourismussektor ein substantielles Eigeninteresse hat, sowohl zur Konfliktvermeidung als auch zu einer Friedenskonsolidierung nach der Beendigung von Gewaltkonflikten beizutragen. Bisher liegen nur vereinzelte Forschungsbeiträge vor, die sich mit der konfliktsensiblen Rolle von privatwirtschaftlichen Tourismusunternehmen bei

der Konfliktbearbeitung befassen. Im Rahmen des Forschungsprojektes soll deshalb das Wirkungsgefüge zwischen unternehmerischem Handeln, gewaltförmigen Konflikten und der Friedensförderung systematisch untersucht werden. Hierdurch erwarten die Projektleiter Aufschlüsse darüber, welche Möglichkeiten für einen unternehmerischen Beitrag zur Friedensförderung bestehen und wo die Grenzen eines solchen Engagements liegen. Das Vorhaben wird somit wichtige neue Erkenntnisse zur Rolle von Unternehmen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen erbringen, die auch für die politische und unternehmerische Praxis von Bedeutung sein werden.

Im Rahmen der Antragsrunde zum 1. Juni 2007 wurden bei der Geschäftsstelle der Stiftung insgesamt acht neue Forschungsvorhaben eingereicht. Auf seiner Sitzung vom 27. November 2007 stellte der Stiftungsrat für vier Projekte eine Förderung in Aussicht. Die Bewilligungsverfahren werden jedoch erst im Jahr 2008 zum Abschluss kommen.

Im Jahr 2007 laufende und abgeschlossene Forschungsvorhaben[4]

Neben den neu bewilligten Forschungsvorhaben unterstützte die Stiftung im Jahr 2007 folgende in den Vorjahren in die Förderung aufgenommenen Projekte:

Im Jahr 2007 laufende große Forschungsprojekte

Thema	Projektleiter/Institution	Laufzeit
Ansätze, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen von Local Ownership in Peacebuilding-Prozessen in Failed States. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Friedenseinsätze im Kosovo (UNMIK) und in Liberia (UNMIL)	Dr. Winrich Kühne Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin	Jan. 2007 bis Dez. 2008
Learning to Build Peace? The United Nations, Peacebuilding and Organizational Learning	Dr. Wolfgang Reinicke, Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin	Feb. 2007 bis Jan. 2009
Gesellschaftliche und politische Umbrüche nach dem Krieg. Zur Rolle von Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala	Prof. Dr. Franz Nuscheler, Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF)	Sept. 2006 bis Aug. 2008
Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten	Prof. Dr. Volker Lenhart, Erziehungswissenschaftliches Seminar, Universität Heidelberg	Feb. 2006 bis Mär. 2008

4 Über 24 Monate hinausgehende Förderzeiträume sind auf kostenneutrale Laufzeitenverlängerungen durch die DSF zurückzuführen.

Im Jahr 2007 lief die Förderung von sieben durch die Stiftung geförderten Forschungsvorhaben aus:

Die De-/Konstruktion von Krieg in der internationalen meinungsführenden Presse: Der ‚Fall' Irak (2003)

Projektleiterin: Prof. Dr. Una Dirks, Abteilung für Englische Sprache und Kultur, Universität Hildesheim
Laufzeit: Jun. 2004 bis Jun. 2007

Die internationale Organisation des Demokratischen Friedens

Projektleiter: Dr. Matthias Dembinski, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen
Laufzeit: Feb. 2005 bis Mai 2007

Waffenkontrolle durch Wissenschaftskontrolle? Zur Rolle von NaturwissenschaftlerInnen in staatlichen Biowaffen-Programmen

ProjektleiterInnen: Dr. Jan van Aken/Dr. Iris Hunger, Forschungsstelle Biologische Waffen und Rüstungskontrolle, Universität Hamburg
Laufzeit: Jan. 2005 bis Dez. 2007

Ethnopolitische Konflikte im nördlichen Schwarzmeergebiet: Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im postsowjetischen Raum

Projektleiter: Prof. Dr. Stefan Troebst, Institut für Slawistik, Universität Leipzig
Laufzeit: Feb. 2005 – Jan. 2007

Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung

Projektleiter: Peter Croll/ PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Bonn International Center for Conversion (BICC), Bonn
Laufzeit: Mär. 2005 – Jun. 2007

Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone

Projektleiter: Dr. Andreas Mehler, German Institute of Global and Area Studies (GIGA) - Institut für Afrika-Studien (IAA), Hamburg
Laufzeit: Aug. 2005 – Sep. 2007

Post-Conflict: Rebuilding of States – Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit

Projektleiter: Prof. Dr. Volker Epping, Universität Hannover; PD Dr. Hans-Joachim Heintze, Universität Bochum
Laufzeit: Feb. 2005 – Apr. 2007

Zusammenfassende Forschungsberichte zu den abgeschlossenen Projekten befinden sich in Vorbereitung. Hinweise auf bereits veröffentlichte Ergebnisse gibt die Internetseite der Stiftung.

1.2. Reihe „Forschung DSF“

In der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ werden die zusammenfassenden Ergebnisberichte aus den geförderten Forschungsvorhaben (Groß- und Kleinprojekte) veröffentlicht. Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens konnten im Jahr 2007 folgende Forschungsberichte veröffentlicht werden:

- Michael Brzoska/Wolf-Christian Paes: Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien. Osnabrück 2007 (Heft 7).
- Thorsten Stodiek/Wolfgang Zellner: The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans: A Record of Mixed Success. Osnabrück 2007 (Heft 8).
- Thorsten Benner/Andrea Binder/Philipp Rotmann: Learning to build Peace? United Nations Peacebuilding and Organizational Learning: Developing a Research Framework. Osnabrück 2007 (Heft 9).
- Bernd W. Kubbig: Missile Defence in the Post-ABM Treaty Era: The International State of the Art. Osnabrück 2007 (Heft 10).

Zwei weitere Berichte wurden bereits 2007 redaktionell fertig gestellt. Sie können jedoch aus drucktechnischen Gründen erst 2008 erscheinen:

- Jens Binder/Michael Diehl: Entscheidungsregeln in multilateralen Konflikten. Osnabrück 2008 (Heft 11).
- Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff/Malcolm Dando: A Paradigm Shift in the CBW Proliferation Problem: Devising Effective Restraint on the Evolving Biochemical Threat. Osnabrück 2008 (Heft 12).

1.3. Evaluierung der Forschungsprojektförderung

Nachdem die im April 2006 eingesetzte Vorbereitungskommission - Prof. Dr. Horst Fischer, Dr. Götz Neuneck, Dr. Martina Fischer - ihre Verfahrensvorschläge und Evaluierungskriterien vorgelegt hatte, beschloss der Stiftungsrat am 24. April 2007 die Berufung einer Kommission zur Evaluierung der Forschungsprojektförderung der DSF. In die Kommission wurden fünf Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen berufen:

Prof. Dr. Marie-Janine Calic, Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians Universität München

Prof. Dr. Jörg Calließ, Historisches Seminar, TU Braunschweig

Prof. Dr. Laurent Goetschel, swisspeace, Bern und Europainstitut, Universität Basel

Prof. Dr. Franz Fujara, Institut für Festkörperphysik, TU Darmstadt

Prof. Dr. Thilo Marauhn, Academia Juris Internationalis der Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Kommission erhielt den Auftrag, sowohl die Förderpraxis der Stiftung als auch die Ergebnisse der bisher geförderten Forschungsvorhaben einer umfassenden Bewertung zu unterziehen. Die Kommission nahm im September 2007 ihre Arbeit auf und wird voraussichtlich im Sommer 2008 ihre Ergebnisse vorlegen. Die Evaluierung der Forschungsprojektförderung soll zudem den Auftakt für eine Überprüfung des aus dem Jahr 2000 stammenden Papiers „Leitthema und Förderschwerpunkte der DSF 2000-2004 – Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ bilden, das einer Fortschreibung bedarf.

1.4. Forschungsinitiativen der DSF

In den Jahren 2005 und 2006 ergriff die Stiftung erstmals die Initiative, um ein Forschungsgebiet zu erschließen, das bis dahin in der deutschen Friedens- und Konfliktforschung nur wenig Aufmerksamkeit gefunden hatte. Die „Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen“ war zwar Gegenstand von öffentlichen Debatten, eine systematischere wissenschaftliche Bearbeitung des Themas fand jedoch nicht statt. Mit Hilfe von zwei Workshops gelang es der Stiftung, einschlägig interessierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammenzuführen. Aus der Diskussion über die Forschungsperspektiven in diesem Themengebiet gingen erste Pilotstudien hervor, die durch die DSF gefördert werden konnten:

- Zur Ambivalenz von Religion in Gewaltkonflikten. Eine Pilotstudie zu eskalierenden und de-eskalierenden Wirkungen von Religion in Afrika [5]
  Projektleiter: Dr. Matthias Basedau, GIGA-Institut für Afrika-Studien, Hamburg
- Die Instrumentalisierung religiöser Symbole als virulentes Konfliktpotenzial. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des „Karikaturenstreits“ auf interreligiöse Koexistenz am Beispiel des Libanon
  Projektleiter: Prof. Dr. Heribert Weiland, Arnold Bergstraesser Institut für kulturwissenschaftliche Forschung e.V., Freiburg

Des Weiteren bewilligte die Stiftung im Jahr 2007 Fördermittel für zwei wissenschaftliche Tagungen, die sich mit Einzelaspekten des Themas auseinandersetzten:

- Instrumentalisierungsresistenz und Friedensengagement – Zur positiven Rolle religiöser Gemeinschaften in innerstaatlichen Konflikten[6] (14.- 15. September 2007 in Tübingen)
  Projektleiter: Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen
- Zwischen Konfliktverschärfung und Friedensförderung. Die Ambivalenz religiöser Traditionen in politischen Konflikten am Beispiel des Nahost-Konflikts (20.- 22. April 2007)
  Projektleiter: Dr. Dirk Ansorge, Katholische Akademie Mülheim a. d. R.

---

5 Die Ergebnisse der Studie in Form einer Fachbibliographie und „Fact sheets zur Rolle von Religion in 28 Gewaltkonflikten in Afrika südlich der Sahara, 1990-2007 sind unter www.religion-und konflikt.de verfügbar. Ein zusammenfassender Bericht in der Reihe „Forschung DSF“ ist in Vorbereitung.

6 Die Beiträge der Tagung sind veröffentlicht in Heft 2-3/2007 Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization (Schwerpunktthema: Religion, Krieg und Frieden).

Darüber hinaus etablierte sich aus dieser Stiftungsinitiative heraus der Forschungsverbund „Religion und Konflikt“, der federführend von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt) in Heidelberg betreut wird, und dem sich bisher über 50 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen angeschlossen haben. Vom 16. bis 18. November 2007 führte der Verbund seine erste Jahrestagung zum Thema „Religion - Konflikt - Gewalt“ in Bonn durch.[7]

Im Berichtsjahr folgte eine weitere Initiative der DSF, um die Aufmerksamkeit der Friedens- und Konfliktforschung auf das Thema „Globaler Klimawandel und neue Gewaltkonflikte“ zu lenken. Über die möglichen Folgen des Klimawandels für das friedliche Zusammenleben der Menschen auf der Erde wird zwar ebenfalls eine intensive öffentliche Debatte geführt, jedoch liegen bisher noch kaum wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse vor, welche Zusammenhänge zwischen den prognostizierten klimawandelinduzierten Veränderungen bzw. ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen und einer zunehmenden Konfliktintensität erkennbar sind oder vermutet werden können. In einem ersten Schritt beschloss die Stiftung, eine Studie in Auftrag zu geben, die den internationalen Forschungsstand zum Thema auslotet und Hinweise auf den weiteren Forschungsbedarf gibt. Hierfür konnte die Stiftung PD Dr. Helmut Breitmeier, Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt gewinnen. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2008 vorliegen und Grundlage einer Forschungskonsultation sein, mit der die Stiftung die Forschungsaktivitäten in diesem Themengebiet anregen und, soweit schon vorhanden, miteinander vernetzen will.

1.5. Förderung des „Friedensgutachtens“

Im Jahr 2007 förderte die DSF erstmalig das seit 1987 jährlich erscheinende „Friedensgutachten“[8], das gemeinsam von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten - BICC, FESt, HSFK, IFSH und INEF - herausgegeben wird. Es analysiert die aktuellen internationalen Konfliktdynamiken und Friedensprozesse aus einer friedenspolitischen Perspektive und gibt Empfehlungen zur deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Für das Friedensgutachten 2007 wählten die Herausgeberinstitute das Schwerpunktthema „Militäreinsätze auf dem Prüfstand“, mit dem eine kritische Bilanz der bisherigen Erfahrungen mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr gezogen wird. Weitere Beiträge befassen sich mit den Krisenherden im Nahen Osten und in Afrika sowie mit Machtverschiebungen im asiatisch-pazifischen Raum.

7 Für weitere Informationen siehe www.religion-und-konflikt.de. Der Projektverbund wird koordiniert durch Dr. Markus Weingardt, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST e.V., Arbeitsbereich Frieden/Nachhaltige Entwicklung.

8 Friedensgutachten 2007. Hrsg. von Bruno Schoch, Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt und Reinhard Mutz. Berlin: LitVerlag 2007.

Das Friedensgutachten richtet sich sowohl an politische Entscheidungsträger als auch an eine friedens- und sicherheitspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Die Herausgeberinstitute stellen mit dieser Publikation Expertise zur Verfügung und bringen diese auch in die Politikberatung ein. Das Friedensgutachten 2007 wurde auf der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt und fand ein großes Medienecho. Die Ergebnisse und Empfehlungen wurden zudem in den Bundestagsausschüssen für Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten und Wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellt. Darüber hinaus fanden öffentliche Veranstaltungen und Tagungen statt, um die Analysen und Schlussfolgerungen des Friedensgutachtens zur Diskussion zu stellen.

Die DSF betrachtet die Unterstützung des „Friedensgutachten" als einen Beitrag zur strukturellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung. Im Vorfeld der Bewilligung unterzog die Stiftung das „Friedensgutachten" einer externen Begutachtung. Die Empfehlungen der Gutachten sowie eine begleitende Evaluierung sollen auch dazu beitragen, die Qualität des „Friedensgutachten" auf einem hohen Niveau zu halten und in Einzelaspekten zu optimieren. Insgesamt werden Fördermittel in einer Höhe von 125 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt. In einem Zeitraum von fünf Jahren wird das jeweils federführende Institut, das die Hauptlast der Redaktionsarbeit trägt, mit einem Förderbetrag von bis zu 25 Tsd. Euro unterstützt. Im Jahr 2007 erhielt die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) den ersten Förderbetrag.

1.6. Die Förderung von Kleinprojekten

Die Kleinprojektförderung der Stiftung erfreute sich im Jahr 2007 einer deutlich gestiegenen Nachfrage. Dies ist zum einen auf eine insgesamt steigende Zahl von Anträgen zurückzuführen, zum andern aber auch darauf, dass vermehrt Pilotstudien bewilligt werden konnten, die ein höheres Fördervolumen in Anspruch nehmen. Am 24. April 2007 beschloss der Stiftungsrat deshalb, das Budget für Kleinprojekte um 25 Tsd. Euro auf 125 Tsd. Euro aufzustocken. Dieses erhöhte Fördervolumen wird auch für das Jahr 2008 zur Verfügung stehen. Insgesamt bearbeitete die Stiftung 33 Anträge auf Kleinprojektförderung, von denen 25 im Berichtsjahr entscheidungsreif waren. Hierin nicht enthalten sind die zahlreichen Anfragen und Anträge, die aus formalen Gründen abgewiesen wurden.

Im Berichtsjahr nahm die Stiftung elf Kleinprojekte mit einem Volumen von rund 123 Tsd. Euro in die Förderung auf. Hierzu zählen fünf kleinere Forschungsvorhaben oder Pilotstudien und sechs wissenschaftliche Tagungen. Die Bewilligungsquote lag somit bei rund 44 Prozent.

Bewilligte Forschungsprojekte/Pilotstudien im Jahr 2007

Das Konzept der Sicherheitssektorreform – reisefähig, ganzheitlich, demokratisch? Entwicklung eines Forschungsrahmens zur Analyse der Sicherheitssektorreform als Beitrag zur Konflikttransformation	Projektleiterin: **PD Dr. Ruth Stanley** Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin
Forschungsprojekt/Pilotstudie Laufzeit: 9 Monate - Jun. 2007 bis Feb. 2008 Fördersumme: 13.000,00 Euro	

Die Instrumentalisierung religiöser Symbole als virulentes Konfliktpotenzial. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des „Karikaturenstreits“ auf interreligiöse Koexistenz am Beispiel des Libanon	Projektleiter: **Prof. Dr. Heribert Weiland** Arnold Bergstraesser Institut für kulturwissenschaftliche Forschung e.V., Freiburg
Forschungsvorhaben Laufzeit: 5 Monate – Aug. bis Dez. 2007 Fördersumme: 18.350,00 Euro	

Globaler Klimawandel und neue Gewaltursachen	Projektleiter: **PD Dr. Helmut Breitmeier** Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt
Desk Study im Auftrag der DSF Laufzeit: 8 Monate – Jun. 2007 bis Jan. 2008 Fördersumme: 4.956,00 Euro	

Bedingungen für friedensbauende Maßnahmen im Bildungssystem unter besonderer Berücksichtigung des Konzeptes „Peace Education Mainstreaming“: Das Beispiel Eritrea	Projektleiter: **Prof. Dr. Ludwig Liegle** Institut für Erziehungswissenschaften, Universität Tübingen
Forschungsvorhaben Laufzeit: 12 Monate – Jan. 2008 bis Jan. 2009 Fördersumme: 17.900,00 Euro	

„Project Peacemaker“. Zur Rolle der Sondergesandten des UN-Generalsekretärs in der Friedenssicherung	Projektleiter: **Prof. Dr. Manuel Fröhlich** Institut für Politikwissenschaft, Universität Jena
Pilotstudie Laufzeit: 9 Monate – Jan. 2008 bis Sep. 2008 Fördersumme: 15.085,00 Euro	

Die Pilotstudie zum „Konzept der Sicherheitssektorreform“ widmet sich einem Thema, das seit Ende der 1990er Jahre eine wachsende Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Friedenskonsolidierung nach der Beendigung von Gewaltkonflikten spielt. Der Anspruch, einen rechtsstaatlich eingebundenen und demokratisch legitimierten Sicherheitssektor aufzubauen, stößt jedoch in vielen Fällen auf große Hindernisse. Die Projektleiterin PD. Dr. Ruth Stanley, Otto-Suhr-Institut, FU Berlin, knüpft mit ihrer Untersuchung an die zunehmende Kritik an der bisherigen Umsetzung von Reformmaßnahmen im Sicherheitssektor an. So seien die Maßnahmen nicht hinreichend konzeptionell ausgearbeitet und nähmen nur wenig Rücksicht auf lokale Verhältnisse. An Beispielen in Afrika und Lateinamerika soll deshalb untersucht werden, inwiefern eine angemessene Kontextsensibilität der Reformkonzepte erkennbar ist und wie die nachhaltige Übernahme der neuen Strukturen in die Eigenverantwortung (local ownership) gewährleistet werden kann. Aus der Pilotstudie soll ein größeres Forschungsvorhaben hervorgehen.

Das von Prof. Dr. Heribert Weiland, Arnold Bergstraesser Institut für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg, geleitete Forschungsvorhaben zur „Instrumentalisierung religiöser Symbole als virulentes Konfliktpotenzial“ knüpft an den so genannten Karikaturenstreit an, der zu teilweise gewaltsamen Reaktionen in den arabischen Staaten geführt hatte. Gefragt wird am Beispiel des Libanon zum einen nach den Strategien und Mechanismen, die eingesetzt wurden, um Religion oder religiöse Symbole für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, zum anderen nach den

unterschiedlichen Akteuren und ihrem Umfeld, das eine Konflikteskalation begünstigte. Des Weiteren sollen die Auswirkungen auf die interreligiöse Koexistenz der Religionsgemeinschaften im Libanon untersucht werden. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens sollen in Fachpublikationen sowie in Form eines Forschungsberichts der DSF veröffentlicht werden.

Die von der DSF in Auftrag gegebene Desk Study „Globaler Klimawandel und neue Gewaltkonflikte“ hat zum Ziel, den internationalen Forschungsstand zum Thema auszuwerten und den weiteren Forschungsbedarf zu ermitteln. Die Studie wird von PD Dr. Helmut Breitmeier, Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt, erstellt. Das Thema Umwelt und Konflikt hat in der Friedens- und Konfliktforschung in der Vergangenheit eine eher untergeordnete Rolle gespielt, zumal frühere Forschungsergebnisse auf grundsätzliche Kritik gestoßen waren. Gleichwohl ist es sinnvoll, eine Bilanz dieser Forschungsarbeiten zu ziehen und mit neueren wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu konfrontieren, die eine völlig neue Dimension klimawandel-induzierter Konfliktdynamiken prognostizieren. Hieraus könnten sich wichtige Forschungsperspektiven ergeben, die zu methodisch und konzeptionell innovativen Forschungsvorhaben führen werden. Die Ergebnisse der Untersuchung werden die Grundlage für eine Forschungskonsultation der Stiftung sein, die im Frühjahr 2008 stattfinden wird. Die Desk Study wird in der Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht werden.

Friedensbauende Bildungsmaßnahmen haben in der jüngsten Zeit eine verstärkte Aufmerksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Friedenskonsolidierung erhalten. Das von Prof. Dr. Ludwig Liegle, Institut für Erziehungswissenschaften, Universität Tübingen, geleitete Forschungsvorhaben befasst sich am Beispiel Eritreas mit der Frage, wie eine friedensfördernde Bildungspolitik dazu beitragen kann, die Grundlage für eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Aufgrund der noch jungen staatlichen Unabhängigkeit durchläuft Eritrea nach Jahren des Krieges und der Zerrüttung eine Phase des staatlichen Aufbaus, für den der Bildungssektor eine Schlüsselrolle spielt. Die Untersuchung widmet sich insbesondere der Analyse von Schulbüchern und Lernmaterialien sowie den Einstellungen von Lehrkräften und Bildungsbürokratien, die maßgeblich sein werden, um eine friedensfördernde Bildungspolitik zu etablieren. Hiermit knüpft diese Fallstudie an ein größeres von der DSF gefördertes Forschungsvorhaben zu friedensbauenden Bildungsmaßnahmen an, das von Prof. Dr. Volker Lenhart, Institut für Bildungswissenschaft der Universität Heidelberg, geleitet wird.[9]

Einem in der Forschung weitgehend vernachlässigten Thema gilt die Untersuchung der „Rolle der Sondergesandten des UN-Generalsekretärs in der Friedenssicherung“. Prof. Dr. Manuel Fröhlich, Institut für Politikwissenschaft, Universität Jena, geht von der Beobachtung aus, dass die Sondergesandten eine zunehmend bedeutsame Rolle bei friedenserhaltenden und friedenskonsolidierenden Aktivitäten der Vereinten Nationen einnehmen. Systematische Studien zur rechtlichen Stellung, zum politischen Status und zu den Handlungsmustern dieses Akteurstypus liegen aber bisher nicht vor. Aus dem Forschungsvorhaben sollen zunächst zwei Datenbanken hervorgehen: die eine wird die einschlägigen Veröffentlichungen, die andere den Personenkreis der Sondergesandten erfassen und somit eine Profilgebung ermöglichen. Darüber hinaus werden im Rahmen der Untersuchung drei Fallstudien zur Tätigkeit von Sondergesandten durchgeführt. Das Vorhaben steht in Verbindung mit thematisch einschlägigen von der DSF geförderten Projekten, wodurch eine enge Forschungskooperation ermöglicht wird. Die systematisierten Ergebnisse des Forschungsvorhabens werden in Fachpublikationen und in einer zusammenfassenden Darstellung in der Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht.

9 Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten (Feb. 2006 – Mär. 2008).

Bewilligte wissenschaftliche Tagungen/Workshops im Jahr 2007	
European Strategies and the German EU-Presidency: The Way Ahead for Transatlantic Cooperation? Tagungsprojekt 26. bis 27 April 2007, Berlin Fördersumme: 19.595,00 Euro	Projektleiterin: **May-Britt Stumbaum** Women in International Security
Zwischen Konfliktverschärfung und Friedensförderung. Die Ambivalenz religiöser Traditionen in politischen Konflikten am Beispiel des Nahost-Konflikts Forschungskolloquium 20. bis 22. April, 2007, Mülheim a. d. Ruhr Fördersumme: 4.527,00 Euro	Projektleiter**:** **Dr. Dirk Ansorge** Kath. Akademie ‚Die Wolfsburg', Mülheim a. d. Ruhr
Local Ownership in Peacebuilding Processes in Failed States Wissenschaftliche Tagung 20. bis 21. April 2007, Berlin Fördersumme: 5.644,00 Euro	Projektleiter: **Dr. Winrich Kühne/Tobias Pietz** Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin
Instrumentalisierungsresistenz und Friedensengagement – Zur positiven Rolle religiöser Gemeinschaften in innerstaatlichen Konflikten Wissenschaftliche Tagung 14. bis 15. September 2007, Tübingen Fördersumme: 12.940,00 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Andreas Hasenclever** Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen
Sicherheit, Konflikt, Frieden: Wissensbestände auf dem Prüfstand Nachwuchstagung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) 05. bis 07. Oktober 2007, Haus Villigst, Schwerte Fördersumme: 6.990,00 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Peter Schlotter** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung

Forschungskonsultation zur Friedenspädagogik Workshop 15. bis 16. Oktober 2007, Klagenfurt Fördersumme: 1.500,00 Euro	Projektleiterin: **Renate Grasse** Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., München

Vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fand das internationale Symposion zur künftigen transatlantischen Kooperation statt, das gemeinsam von der Dachorganisation von Women in International Security (WIIS) und der deutschen WIIS-Sektion in Berlin ausgerichtet wurde. Mit der Konferenz, an der Vertreter aus Wissenschaft und Praxis teilnahmen, sollte der transatlantische Dialog über aktuelle Probleme der Friedens- und Sicherheitspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Die Direktorin des Stockholm Peace Research Institute (SIPRI), Alison Bailes, führte zum Ambassadorial Lunch in die wichtigsten Problemstellungen ein. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhahn, referierte über die Zielsetzungen der europäischen Sicherheitspolitik. Ferner wurden auf insgesamt vier Panels sowohl die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Strategien als auch Konzepte und Erfahrungen mit der zivilen Konfliktbearbeitung und der zivil-militärischen Zusammenarbeit diskutiert.

Das Expertentreffen zum *Local Ownership* in Friedensprozessen wurde ergänzend zu dem größeren von der DSF geförderten Forschungsvorhaben[10] am Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin konzipiert. Die von Dr. Winrich Kühne und Tobias Pietz geleitete Tagung zielte darauf ab, den aktuellen Forschungsstand zum Thema *Local Ownership* zu diskutieren. Die Beiträge verdeutlichten, dass es sowohl in der Forschung als auch in der Praxis sehr unterschiedliche Vorstellungen und Definitionen darüber gibt, was unter dem Begriff *Local Ownership* zu verstehen ist, und welche strategischen Handlungskonzepte sich daraus ableiten. Diese Beobachtung ist umso überraschender, da die Zielsetzung, die örtliche Bevölkerung einzubinden und die (wieder-) aufgebauten Strukturen in lokale Hände zu übergeben, bei internationalen Friedensoperationen eine wichtige Rolle spielt. Trotz dieser Einschränkung gelang es auf der Tagung, die Fragestellungen zu präzisieren und theoretisch-methodische Grundlagen für die weitere Operationalisierung des Vorhabens zu entwickeln. Des Weiteren trug das Expertentreffen dazu bei, dass die nationale und internationale Vernetzung des Forschungsprojektes intensiviert werden konnte.[11]

In Kooperation mit dem Institut für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg, und der Nahost-Kommission von Pax Christi richtete die Katholische Akademie des Bistums Essen ein Fachkolloquium zur Ambivalenz religiöser Traditionen in politischen Konflikten aus. Im Zentrum stand zum einen die Diskussion über die jüngere Entwicklung des jüdisch-christlichen Dialogs im Kontext des Friedensengagements im Nahost-Konflikt, zum anderen die Analyse der theologischen Textgrundlagen für die Friedensdebatten sowie ihre Rezeption durch die Religionsgemeinschaften der Juden, der Christen und der Muslime. Schließlich wurde auch nach den Möglichkeiten und Voraussetzungen für einen interreligiösen Dialog gefragt. Die Tagungsbeiträge sollen in einer Buchpublikation veröffentlicht werden.

10 Siehe Jahresbericht 2006, S.17-18.
11 Der Tagungsbericht ist zugänglich als ZIF Report 12/2007 unter http://www.zif-berlin.org/Downloads/Analysen/Veroeffentlichungen/Local_Ownership_Workshop_Report_Dezember_07.pdf.

Mit der positiven, friedensfördernden Rolle religiöser Gemeinschaften in innerstaatlichen Konflikten befasste sich die international besetzte, von Prof. Dr. Andreas Hasenclever geleitete Tagung an der Universität Tübingen. Die Referenten und Referentinnen fragten nach den Motivationen und Faktoren, die religiöse Akteure dazu bringen, konfliktmindernde oder konfliktverhindernde Initiativen zu ergreifen. In fünf Panels wurden die großen Weltreligionen daraufhin analysiert, welche Friedensressourcen sie haben und welche Faktoren dazu beitragen können, dass Vertreter dieser Religionsgemeinschaften zu einer friedlichen Konfliktbearbeitung bereit sind. Hierbei war die Frage von grundlegender Bedeutung, unter welchen Bedingungen sich religiöse Akteure als instrumentalisierungsresistent erwiesen. Die Beiträge der Tagung wurden in Heft 2-3/2007 der Fachzeitschrift „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization" veröffentlicht.[12]

Im Oktober 2007 förderte die DSF die zweite Nachwuchstagung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in der Evangelischen Akademie Iserlohn, nachdem die erste Konferenz vom 14.-16. Januar 2005 auf eine überaus positive Resonanz gestoßen war. Mit der Tagung sollte es jungen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen ermöglicht werden, ihre Forschungsarbeiten zur Diskussion zu stellen und sich mit einschlägig arbeitenden Kollegen und Kolleginnen zu vernetzen. Darüber hinaus bestand das Angebot, sich über künftige Berufschancen zu informieren, die sich durch ein Studium oder eine Promotion im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ergeben. Die Tagung gliederte sich in drei Themengruppen – Krieg, Akteure und Analyse/Synthese –, in denen insgesamt 13 Forschungsarbeiten zur Diskussion gestellt wurden. Die Beiträge und Forschungsskizzen wurden von Diskutanten aus der Friedensforschung fachkundig kommentiert. Die Teilnehmerresonanz fiel erneut sehr positiv aus, weshalb die AFK eine Fortsetzung der Nachwuchstagungen plant.

Die von der Stiftung in Kooperation mit anderen Fördereinrichtungen unterstützte Konsultation zur Friedenspädagogik, die im Oktober 2007 an der Alpen-Adria Universität in Klagenfurt stattfand, hatte zum Ziel, die Europäisierung und Internationalisierung friedenspädagogischer Diskurse zu diskutieren. Prof. Dr. Wintersteiner, Universität Klagenfurt, hob in seinem Grundsatzreferat hervor, dass die Verankerung der Friedenspädagogik in den Bildungssystemen trotz aller strukturellen Unterschiede in den europäischen Staaten als ein „internationales Projekt" gesehen werden müsse, das Aspekte des interkulturellen Lernens und der Nachhaltigkeit einschließe. Des Weiteren befassten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit der Frage, welche Methoden und Instrumente aus Sicht der Friedenspädagogik geeignet erscheinen, um einen konstruktiven Diskurs über Evaluierungen und ihre Zielsetzungen zu führen.[13]

12 Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 82 (2007), Heft 2-3; Schwerpunktthema: Religion, Krieg und Frieden.

13 Der Bericht ist u.a. veröffentlicht unter http://www.afk-web.de/Bericht_Klagenfurt.pdf.

1.7. Zeitschriftenförderung

Im November 2005 hatte der Stiftungsrat der DSF die Möglichkeit eröffnet, dass auch Fachzeitschriften mit Fördermitteln unterstützt werden können. Die Zielsetzung dieses Beschlusses bestand darin, die Fachkultur in der Friedens- und Konfliktforschung zu stärken und die redaktionelle Betreuung und den Bekanntheitsgrad einschlägiger Fachzeitschriften zu verbessern.

Als erstes Fachorgan war im Dezember 2006 die „Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organisation“[14] für einen Zeitraum von zwei Jahren in die Förderung aufgenommen worden.
Im Berichtsjahr bewilligte die Stiftung eine ebenfalls zweijährige Förderung für die Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“:

Bewilligte Förderung wissenschaftlicher Fachzeitschriften im Jahr 2007	
Wissenschaft und Frieden Marburg: BdWi-Verlag Förderzeitraum: 24 Monate Fördersumme: 9.729,00 Euro	Verantwortlicher Redakteur und Projektleiter: **Dr. Fabian Virchow**

Die seit 1987 bestehende Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ wird von einem Herausgeberkreis aus Friedensforschung und Friedensbewegung getragen, der auf der rechtlichen Grundlage eines eingetragenen Vereins organisiert ist. Ihre Ausgaben erscheinen vierteljährlich und haben jeweils einen Themenschwerpunkt. Die Zeitschrift greift Themen aus der Friedensforschung und Friedensbewegung auf und hat ihre Zielgruppen sowohl in Fachkreisen als auch innerhalb einer friedenspolitisch interessierten Leserschaft. Sie leistet auf diese Weise einen Beitrag zum forschungsbasierten Transfer von Ergebnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung.[15]

Die Fördermittel der Stiftung werden dafür eingesetzt, die Internetpräsenz von „Wissenschaft & Frieden“ neu zu gestalten. Hierdurch soll eine effektivere Nutzung des Internets als Kommunikations- und Informationsmedium für friedenspolitische Themen ermöglicht und der Bekanntheitsgrad der Zeitschrift erhöht werden.

Folgende Ausgaben der von der DSF geförderten Zeitschriften sind im Jahr 2007 erschienen:

14 Siehe hierzu: www.friedens-warte.de.
15 Weitere Informationen unter: http://www.iwif.de/.

Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organisation:

- „Friedensmissionen auf dem Prüfstand“ (Heft 1/2007)
- „Religion, Krieg und Frieden“ (Heft 2-3/2007)
- „100 Jahre Haager Friedenskonferenz von 1907“ (Heft 4/2007)

Wissenschaft & Frieden:

- „Terrorismus – Ursachen und Folgen“ (Heft 1/2007)
- „Menschenrechte kontra Völkerrecht?“ (Heft 2/2007)
- „Medien und Krieg/Kriegsmedien“ (Heft 3/2007)
- „Europäische Sicherheitspolitik“ (Heft 4/2007)

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

Das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung war bereits in der Gründungsphase der Stiftung entwickelt und auf der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates im April 2001 in seinen Grundzügen beschlossen worden. In den darauf folgenden Jahren verwirklichte die Stiftung die insgesamt vier Teilprogramme, zuletzt im Jahr 2006 die Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg.

2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg

Im März 2006 nahm Prof. Dr. Martin Kalinowski seine Arbeit als Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessor für naturwissenschaftliche Friedensforschung an der Universität Hamburg auf. Die Stiftung stellte der Universität Hamburg zur Einrichtung der Professur Fördermittel in einer Gesamthöhe von 1,25 Mio. Euro für einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung. Anschließend werden die Aufwendungen für die Professur und ihre Ausstattung in vollem Umfang von der Universität Hamburg übernommen.

Die Stiftungsprofessur bildet den Kern des im Juli 2006 eröffneten Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), das fächerübergreifend getragen wird und Kooperationsmöglichkeiten für thematisch einschlägige Forschungsvorhaben bietet. Auch das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist in das Zentrum fest eingebunden. Die Stiftung ist im Kuratorium des ZNF mit einem Sitz vertreten.

Die Forschungsschwerpunkte des ZNF liegen im Bereich der biologischen und nuklearen Rüstungskontrolle. Hierfür konnten 2007 zusätzliche Fördermittel für neue Forschungsvorhaben in Höhe von 300 Tsd. Euro eingeworben werden. Das Zentrum wirkte zudem an der erfolgreichen Antragstellung für das Exzellenzcluster „Integrierte Klima-System-Analyse und Vorhersage - Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CliSAP)[16] im Rahmen der bundesweiten Exzellenzinitiative mit und wird ein Forschungsvorhaben zu den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels durchführen.

Darüber hinaus richtet das ZNF regelmäßig Vortragsveranstaltungen und Kolloquien zu Themen der Rüstungsdynamik, Rüstungskontrolle und zur Entwicklung von Verifikationsverfahren für internationale Abkommen aus.

2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Promotionsförderung der Stiftung wurde bereits im Herbst 2002 an drei Standorten eingerichtet. Dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M., und dem Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg wurden jeweils acht zweijährige Promotionsstipendien mit Sachausstattung zur Verfügung gestellt, die in autonomer Entscheidungsbefugnis zur Stärkung der institutseigenen

16 http://www.clisap.de/.

Forschungsschwerpunkte vergeben werden konnten. Im Gegenzug verpflichteten sich die geförderten Einrichtungen zur Einrichtung eines Betreuungssystems, das es den Stipendiaten und Stipendiatinnen ermöglichen soll, ihre Forschungsarbeiten unter fachkundiger Betreuung durchzuführen und zugleich zusätzliche berufsqualifizierende Kompetenzen zu erwerben. Hierdurch sollen nicht nur besonders günstige Rahmenbedingungen für Promotionen, sondern auch verbesserte Voraussetzungen für einen anschließenden Berufseinstieg geschaffen werden.

Im Berichtsjahr 2007 wurden noch folgende Dissertationsvorhaben gefördert:

- **Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.:**

  Susanne Fischer
  Die Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen
  Fallstudie: Transnationale und lokale Unternehmen in Israel und den palästinensischen Gebieten

  Carsten Rauch
  Die Rüstungskontrollpolitik von China und Indien seit 1990

  Andreas Schmidt
  Der Einfluss völkerrechtlicher Normen auf den Einsatz militärischer Gewalt in Demokratien: Eine Analyse der Rechtskultur Indiens und Kanadas im Vorfeld des Irak-Krieges 2003

- **Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH):**

  Merle Vetterlein
  Makedonien: Eine Analyse der Interdependenz sozio-ökonomischer, politischer, interethnischer und demographischer Konfliktursachen

- **Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg:**

  André Bank
  Staatlichkeit und Gewaltkontrolle im Vorderen Orient – Eine vergleichende Analyse innergesellschaftlicher Konflikte in Algerien, Bahrain, Jordanien und Syrien

  Cordula Dittmer
  Friedensmacht und Einsatzbereitschaft – Eine Analyse der aktuellen militärpolitischen Entwicklungen mit besonderer Berücksichtigung einer Genderperspektive

  Friederike Fuhlrott

  Ways to Peace? Peacebuilding after Peace Accords: the Integration of Ex-Combatants. Case Study: Burundi

Die Promotionsförderung beim IFSH und beim Zentrum für Konfliktforschung ist im Jahr 2007 ausgelaufen, bei der HSFK werden zwei Promotionsvorhaben noch bis 2009 gefördert.

Da die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein in der Satzung verankerter Auftrag der Stiftung ist, setzte der Stiftungsrat im November 2007 eine Kommission ein, die den Auftrag erhielt, Vorschläge auszuarbeiten, mit welchen Schwerpunkten und nach welchen Kriterien die künftige Nachwuchsförderung der DSF gestaltet werden kann. Darüber hinaus wird zu klären sein, welche finanziellen Handlungsspielräume zur Verfügung stehen, um ein solches Programm zu finanzieren. Der Kommission gehören die Stiftungsratsmitglieder Dr. Martina Fischer, Johann-Henrich Krummacher[17] und Prof. Dr. Harald Müller an. Sie wird im Frühjahr 2008 erste Ergebnisse vorlegen.

Im Jahr 2007 ist aus der Promotionsförderung folgende abgeschlossene Dissertation als Buchveröffentlichung hervorgegangen:

- **Katrin Simhandl:** Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien „Zigeuner“ und „Roma“. Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von „Antidiskriminierung“ und „sozialem Einschluss“. Baden-Baden: NOMOS 2007 (Demokratie, Sicherheit, Frieden Band 183).

2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“

Seit Oktober 2002 fördert die DSF den postgradualen Masterstudiengang „Master in Peace Studies - MPS“, der von einem Kooperationsverbund deutscher Friedensforschungsinstitute (KoFries) getragen und von der Universität Hamburg zertifiziert wird. Der Studiengang wird federführend vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) betreut.[18]

Das einjährige Aufbaustudienprogramm richtet sich an Hochschulabsolventen sowie an Personen, die bereits über einschlägige Berufserfahrungen verfügen. Das Studium ist durch interdisziplinäre und praxisorientierte Lehrinhalte gekennzeichnet und orientiert sich an möglichen Berufsfeldern wie z. B. internationale Organisationen, Friedensdienste, Nichtregierungsorganisationen.

Die Stiftung fördert den Studiengang mit einer Gesamtsumme von 1,2 Millionen Euro. Hiermit wurden in den Studienjahren 2002/03 bis 2005/06 jeweils 15 Studienstipendien sowie eine Personal- und Sachausstattung finanziert. Im Frühjahr 2006 stimmte die Stiftung zu, die für das letzte Förderjahr 2006/07 zur Verfügung stehenden Stipendien auf zwei Jahre zu verteilen, um auf diese Weise dem Kooperationsverbund den Übergang zur eigenständigen Finanzierung des Studienangebots zu erleichtern. Hierfür wurde die Laufzeit der Förderung kostenneutral um ein Jahr bis August 2008 verlängert.

Am 17. Oktober 2007 wurden die Masterzeugnisse für die 24 Absolventen und Absolventinnen des fünften Jahrgangs im Rahmen einer Feierstunde in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Universität Hamburg, Prof. Dr. Holger Fischer, übergeben. Den

17 Johann-Henrich Krummacher wirkte bis zu seinen Tod im Februar 2008 in der Kommission mit.
18 Nähere Informationen unter www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm .

Festvortrag hielt Prof. Dr. Dieter Senghaas, Universität Bremen, zum Thema „Wie den Frieden in Töne setzen“.

Gleichzeitig wurden auf der Veranstaltung die neuen Studierenden für das Jahr 2007/08 begrüßt. Nach Abschluss des Auswahlverfahrens, für das 122 Bewerbungen vorlagen, erhielten 27 Bewerber und Bewerberinnen aus dem In- (16) und Ausland (10) eine Zulassung. Stipendien der DSF wurden an sieben Studierende vergeben. Im Förderzeitraum ist es dem Kooperationsverbund gelungen, ein Studienangebot aufzubauen, das große Anerkennung erfährt. Dieses spiegelt sich nicht zuletzt in hohen jährlichen Bewerberzahlen wider. Der Studiengang wird auch künftig an der Universität Hamburg verankert bleiben. Die Grundfinanzierung erfolgt dann aus lokalen Mitteln.

2.4. Geistes- und Sozialwissenschaftliche Studiengänge

Mit der Förderung von Masterstudiengängen ist es der DSF gelungen, die Friedens- und Konfliktforschung auch im Bereich der Lehre an den deutschen Hochschulen strukturell zu verankern. Es wurden leistungsfähige Ausbildungsangebote geschaffen, die eine qualifizierte Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ermöglichen. Darüber hinaus erschließen sich den Absolventen und Absolventinnen der Studiengänge – nicht zuletzt aufgrund der in die Lehr- und Lernprogramme integrierten Praxiselemente – auch Berufsfelder in internationalen Organisationen, in der Entwicklungszusammenarbeit und in Friedensdiensten.

Geistes- und sozialwissenschaftlich ausgerichtete Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung fördert die Stiftung seit dem Wintersemester 2004/05 an folgenden Universitäten:

- Master in Peace Studies, FernUniversität Hagen
- Master Friedens- und Konfliktforschung, Universität Marburg
- Master Friedensforschung und Internationale Politik, Universität Tübingen

Die Initiativförderung der Stiftung erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Insgesamt werden hierfür Fördermittel in einer Höhe von 1,67 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderung umfasst Mittel sowohl für Personal- als auch für Sachkosten. In diesem Rahmen finanziert die DSF am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen eine C3-Stiftungsprofessur für Friedens- und Konfliktforschung, auf die Prof. Dr. Andreas Hasenclever berufen wurde. An der Universität Marburg fördert die Stiftung die Juniorprofessur für Friedens- und Konfliktforschung von Prof. Dr. Thorsten Bonacker am Zentrum für Konfliktforschung. An der FernUniversität Hagen wird eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle für Koordination und Organisationsaufgaben sowie für die Entwicklung von Studienmaterialien aus Fördermitteln der DSF finanziert.

Während die Studienangebote an den Universitäten Marburg und Tübingen als konsekutive Masterstudiengänge angelegt sind, handelt es sich bei dem Studienangebot an der FernUniversität Hagen um ein gebührenpflichtiges Weiterbildungsprogramm. Die Masterstudiengänge setzen unterschiedliche inhaltliche und disziplinäre Schwerpunkte und stehen somit in keiner unmittelbaren Konkurrenz zueinander. In Marburg und Tübingen stehen 30 bzw. 20 Studienplätze je Jahrgang zur Verfügung, die FernUniversität

Hagen nimmt etwa 40 Studierende auf. Auch im dritten Jahr der Förderung war eine rege Nachfrage nach Studienplätzen aus dem In- und Ausland zu verzeichnen. Aus der Vielzahl von Bewerbern und Bewerberinnen schrieben sich schließlich an der Universität Marburg 31 Studierende ein, an der Universität Tübingen 17 und an der FernUniversität Hagen 50.

Die geförderten Hochschulen haben sich verpflichtet, die Masterstudiengänge nach Auslaufen der finanziellen Unterstützung durch die DSF fortzuführen. Im Dezember 2007 erlitt die Studiengangförderung der DSF allerdings einen erheblichen Rückschlag, als die Hochschulleitung der FernUniversität Hagen beschloss, den Weiterbildungsstudiengang „Master in Peace Studies“ mit sofortiger Wirkung einzustellen. Neueinschreibungen sind nicht mehr möglich. Eingeschriebene Studierende können ihr Studium zu Ende führen. Die Entscheidung der Hochschulleitung, für die offenbar strukturpolitische Faktoren maßgeblich waren, bedeutet das vorläufige Ende eines originellen Studiengangkonzeptes im Weiterbildungssektor, das von Prof. Dr. Hajo Schmidt und seinem Team in jahrelanger Vorbereitung ausgearbeitet worden war. Seit Aufnahme des Studienbetriebs gab es eine rege Nachfrage nach Studienplätzen, so dass die Jahrgänge im Vergleich zu den anfänglichen Kapazitätsberechnungen sogar überbelegt waren. Der Stiftungsrat der DSF hat die Entscheidung der Hochschulleitung der FernUniversität Hagen mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen und beschlossen, die laufende finanzielle Unterstützung vorzeitig zu beenden sowie bereits ausgezahlte Fördermittel teilweise zurückzufordern.

Als begleitende Maßnahme zur Studiengangförderung richtete die DSF in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen am 18. und 19. November 2007 den Workshop „Frieden braucht Fachkräfte. Berufsfelder für zivile Fachkräfte - Voraussetzungen und Einstiegsmöglichkeiten“ im Gemeindehaus Lamm in Tübingen aus. Eingeladen waren insbesondere die Studierenden der von der DSF geförderten Masterstudiengänge, für die sich während oder nach Abschluss des Studiums der Friedens- und Konfliktforschung die Frage nach den Einstiegsmöglichkeiten in künftige Berufsfelder stellt. Hierbei bauen sich häufig hohe Hürden auf, da vielfach einschlägige Praxiserfahrungen gefordert werden, die Hochschulabgänger in der Regel noch nicht vorweisen können.

Auf dem Workshop wurden vor allem Ausbildungs- und Entsendeorganisationen für Friedensfachkräfte vorgestellt. Die Referenten und Referentinnen beschrieben mit Hilfe anschaulicher Präsentationen die typischen Tätigkeitsfelder von Friedensfachkräften, beantworteten Fragen zu Aufgaben- und Qualifikationsprofilen. An dem Workshop beteiligten sich die Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD), Bonn; das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin; der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), Bonn; Eirene, Neuwied; Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V., Köln, und World Vision, Friedrichsdorf.[19]

Der gut besuchte Workshop fand im Rahmen der Wanderausstellung „Frieden braucht Fachleute“ des forumZFD statt, die am 10. November 2007 mit einem Vortrag des Staatsministers im Auswärtigen Amt und Stiftungsratsmitglieds der DSF, Dr. h. c. Gernot Erler, eröffnet wurde.[20]

---

19 Die Ergebnisse der Tagung sind zusammengefasst in: Lilli Banholzer/Alexandra Rohde: Der Zivile Friedensdienst: Einstiegsmöglichkeiten für HochschulabsolventInnen. Ergebnisse einer Tagung in Tübingen. Tübingen 2008 (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Heft Nr. 54).

20 Der Redebeitrag von Staatsminister Dr. h. c. Gernot Erler ist veröffentlicht in: Frieden braucht Fachleute. Dokumentation des Begleitprogramms zur Ausstellung in Tübingen im November 2007. Tübingen 2008 (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Heft Nr. 51), S. 9-15.

2.5. Das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung der DSF

Sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge:	
FernUniversität Hagen: „Master in Peace Studies“ Internet: http://www.fernuni-hagen.de/FRIEDEN/502603969f110c601/index.html	Beginn: WS 2004/2005 Eingestellt im Dez. 2007
Philipps-Universität Marburg: „Peace and Conflict Studies”, Juniorprofessur Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/	Beginn: WS 2004/2005
Universität Tübingen: „Friedensforschung und Internationale Politik“, C3-Professur Internet: http://www.uni-tuebingen.de/polmasterfip/	Beginn: WS 2004/2005

Postgradualer Masterstudiengang:	
Friedensforschung und Sicherheitspolitik / Master of Peace and Security Studies Internet: http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm	Beginn: Oktober 2002

Strukturierte Promotionsförderung:	
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M. Internet: http://www.hsfk.de/index.php?id=59	Beginn: November 2002 – Januar 2003
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) Internet: http://www.ifsh.de/IFSH/studium/doktoranden.htm	Beginn: Oktober 2002 Ausgelaufen Ende 2007
Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg Internet: http://web.uni-marburg.de/konfliktforschung/nachwuchsfoerderung/index.html	Beginn: Januar – Mai 2003 Ausgelaufen Ende 2007

Stiftungsprofessur:	
Carl Friedrich von Weizsäcker–Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ Internet: http://www.znf.uni-hamburg.de/kalinowski.html	Beginn: 1. März 2006

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung widmet sich in Ergänzung ihrer Förderaktivitäten auch verstärkt der Vermittlung der aus den geförderten Forschungsprojekten gewonnenen Befunde in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Mit dieser Zielsetzung richtet sie eigene Veranstaltungen wie Fachgespräche und Fachkonferenzen aus und arbeitet mit Kooperationspartnern zusammen, um geeignete Dialogforen zu schaffen. Mit den nahezu alljährlich stattfindenden Parlamentarischen Abenden in Berlin für die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien hat die Stiftung bereits eine Tradition begründet. Darüber hinaus sucht die DSF, Forschungsaktivitäten sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf nationaler und internationaler Ebene miteinander zu vernetzen, um den wissenschaftlichen Austausch zu befördern und neue Forschungsgebiete zu erschließen.

1. Kooperation mit dem Auswärtigen Amt für das 16. Forum Globale Fragen „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung“

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) war am 5. und 6. März 2007 Kooperationspartner des Auswärtigen Amtes bei der Ausrichtung des 16. Forum Globale Fragen „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung“ in Berlin.[21] Forschungsvorhaben zur Rüstungskontrolle bilden einen wichtigen Themenschwerpunkt in der Förderpraxis der Stiftung. Die Befunde aus geförderten Projekten unterstreichen nachdrücklich die Notwendigkeit politischer Initiativen, um einer ausufernden Rüstungsdynamik, nicht zuletzt im Bereich der konventionellen Rüstung, und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen wirksam vorbeugen zu können. Diese Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung stehen jedoch in einem deutlichen Gegensatz zur Praxis in der internationalen Politik. So haben Themen der Rüstungskontrolle und Abrüstung in den letzten Jahren ihren einst hohen Stellenwert verloren, die einschlägigen multilateralen Regime wurden nicht mehr weiterentwickelt. Sie sind hierdurch in Gefahr geraten, ausgehöhlt und damit wirkungslos zu werden.

Die Stiftung griff deshalb das Angebot des Auswärtigen Amtes gerne auf, eine gemeinsame Tagung im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Forum Globale Fragen“ zu diesem Thema auszurichten. Die Zielsetzung bestand darin, zunächst den aktuellen Stand der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zu analysieren und die zentralen Herausforderungen zu bestimmen. Des Weiteren sollten Perspektiven aufgezeigt werden, wie eine effektive multilaterale Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung wiederbelebt werden kann, auf welchen Feldern bewährte Konzepte zur Verfügung stehen und wo neue Wege beschritten werden müssen.

Das 16. Forum Globale Fragen, das auf eine große Teilnehmerresonanz stieß, wurde vom Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Reinhard Silberberg, eröffnet. In seinem Grußwort hob der Vorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, hervor, es sei kein Zufall, dass die Stiftung einen großen Teil ihrer Ressourcen für Forschungsvorhaben zur Rüstungskontrolle verwende, um daraus politikrelevante Empfehlungen zu formulieren. Rüstungskontrolle und Abrüstung seien eine zentrale Voraussetzung für die internationale

21 Die Mehrzahl der Beiträge sind veröffentlicht in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): 16. Forum Globale Fragen – Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Berlin 2007; als Download auch unter: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobaleFragen16.pdf.

Friedenssicherung. Er verwies auf die geförderten Forschungsprojekte im Bereich der präventiven Rüstungskontrolle, z. B. zur Bio- und Nanotechnologie, und auf die erfolgreiche Institutionalisierung der naturwissenschaftlichen Friedensforschung durch die Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg. Das Forum Globale Fragen biete eine ausgezeichnete Gelegenheit, den Dialog über die Herausforderungen für die künftige Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit zu führen. Er verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass von der Veranstaltung Impulse für deutsche und europäische Initiativen ausgingen, denn es bestehe kein Zweifel daran, dass das Thema in absehbarer Zeit wieder an Bedeutung gewinnen werde.

Für den einführenden Hauptvortrag konnte Dr. Hans Blix, Vorsitzender der Weapons of Mass Destruction Commission, Stockholm, gewonnen werden. In seinem Beitrag wies er nachdrücklich darauf hin, dass die Welt derzeit „schlafwandelnd“ in ein neues Wettrüsten hineinlaufe. Es sei deshalb höchste Zeit, über eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle und Abrüstung nachzudenken und Konzepte zu entwickeln.

Die mit hochanerkannten internationalen Experten besetzte Tagung gliederte sich in fünf Diskussionsrunden, die sich mit der Zukunft des Regimes zur Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen, dem Umgang mit neuen und zukünftigen Atommächten, dem möglichen Rüstungswettlauf im All, der Begrenzung bei konventionellen Waffen sowie mit den politischen Handlungsoptionen für eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle befassten. In seinem Schlusswort zog der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Botschafter Friedrich Gröning, eine positive Bilanz der Veranstaltung. Sie habe gezeigt, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung weiterhin zu den global relevanten politischen Aufgaben gehören. Es sei künftig unerlässlich, die Verknüpfung von Rüstungskontrolle, Sicherheitspolitik und strategischem Denken zu intensivieren.

2. Parlamentarischer Abend 2007 „Frieden durch Staatlichkeit?“

Am 11. Oktober 2007 veranstaltete die Stiftung ihren nunmehr dritten Parlamentarischen Abend in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin. Unter der Leitfrage „Was können multilaterale Friedensmissionen beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten leisten?“ setzten sich Experten aus der Friedens- und Konfliktforschung mit der bisherigen Erfahrungsbilanz und den politischen Optionen für Entsende- und Zielländer auseinander. Das Problem der fragilen Staatlichkeit ist zu einer der zentralen Herausforderungen für die internationale Sicherheits- und Friedenspolitik sowie für die Entwicklungszusammenarbeit geworden. Der Staatszerfall bedroht nicht nur die Existenzgrundlagen der in den betroffenen Gebieten lebenden Bevölkerung, sondern kann auch erheblich zur regionalen Destabilisierung und Gewalteskalation beitragen. Darüber hinaus hat er Rückwirkungen auf die internationale Sicherheit und die Weltordnungsinteressen der entwickelten Industriegesellschaften. Mit den Beiträgen des Parlamentarischen Abends wurde die bisherige Konzeption und Praxis des staatlichen Wiederaufbaus in Nachkriegsgesellschaften einer kritischen Analyse unterzogen und danach gefragt, unter welchen Bedingungen eine nachhaltige friedensfördernde Entwicklung erreicht werden kann.

Die Stellvertreterin des Präsidenten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, Frau Dr. Uschi Eid (MdB), begrüßte als Schirmherrin des Parlamentarischen Abends die zahlreich erschienenen Gäste. In seiner Einführung hob der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, hervor, dass die bisherigen Parlamentarischen Abende der Stiftung ein verbindendes thematisches Grundanliegen verfolgt hätten: die Suche nach politischen Instrumenten und Strategien, die dem Auftrag in der Präambel des Grundgesetzes gerecht würden, „dem Frieden in der Welt zu dienen“. Die Stiftung suche den Dialog mit der Politik, um Erkenntnisse aus der Forschung für friedenspolitische Entscheidungen nutzbar zu machen und Impulse für langfristig angelegte, strukturell wirksame friedenspolitische Strategien zu geben. Der Vorsitzende machte deutlich, dass im Hinblick auf den Wiederaufbau staatlicher Strukturen nicht alleine das westliche Verständnis von moderner Staatlichkeit maßgeblich sein dürfe, sondern dass man lernen müsse, auch vor- und parastaatliche Konfigurationen, mitunter sogar auch antistaatliche Grundhaltungen in die Planung und Durchführung von Friedensmissionen einzubeziehen. Es sei ferner unabdingbar, dass die internationale Hilfe Brücken baue, damit der (Wieder-) Aufbauprozess in lokale Hände übergehe und hierüber eine Legitimation bei der Zielbevölkerung erhalte. Für eine dauerhafte Friedenskonsolidierung, die dann auch einen Rückzug der internationalen Missionen ermögliche, seien lokal angepasste Vorgehensweisen eine grundlegende Voraussetzung.

Prof. Rittberger forderte zudem mehr Entscheidungstransparenz und politische Zielvorgaben, wenn es um die Beteiligung von Bundeswehrangehörigen, Polizeikräften und zivilem Personal an internationalen Einsätzen gehe. Nur so könne es gelingen, die vorherrschende Skepsis in der deutschen Bevölkerung abzubauen und eine stärkere Unterstützung für eine Beteiligung an internationalen Friedensmissionen zu erlangen.

Auf dem von Dr. Winrich Kühne, Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), moderierten Parlamentarischen Abend stellten die Referenten Ergebnisse aus ihren Forschungsprojekten vor, die in den zurückliegenden Jahren durch die DSF gefördert worden waren. In seinem übergreifenden Beitrag warf Dr. Conrad Schetter, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn, einige Grundfragen auf, die sich mit

dem staatlichen (Wieder-) Aufbau in Krisengebieten verbinden und führte diese dann am Beispiel Afghanistans exemplarisch vor. Prof. Dr. Volker Epping, Universität Hannover, beleuchtete die Frage des staatlichen (Wieder-) Aufbaus aus einer völkerrechtlichen Perspektive. Er machte deutlich, dass die Staatengemeinschaft bislang immer nur von Fall zu Fall gehandelt und bisher kein durchdachtes völkerrechtliches Konzept vorgelegt habe. Dr. Andreas Mehler, GIGA-Institut für Afrika-Studien, Hamburg, hob in seiner Analyse zu staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren in Afrika hervor, dass eine Stützung des gesamtstaatlichen Gewaltmonopols häufig nicht ausreiche, um mehr Sicherheit und damit eine dauerhaftere Friedenskonsolidierung zu erlangen. Es sei sinnvoll abzuwägen, mit welchen nicht- oder parastaatlichen Akteuren (Gewaltoligopolisten) man zusammenarbeiten könne, vorausgesetzt diese Akteure hätten lokale Legitimität und erwiesen sich als verlässliche Partner. An die Referate schloss sich eine lebhafte Debatte über die Erwartungen und Zielvorgaben an, die seitens der deutschen und europäischen Politik an die Friedensmissionen gestellt werden können. Die ausgearbeiteten Beiträge zum Parlamentarischen Abend 2007 sind in Heft 1/2008 der Zeitschrift „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization“ veröffentlicht.[22]

3. Veranstaltungszyklus: Energie, Ressourcen, Frieden

Einem politisch hochaktuellen Thema widmete sich der Veranstaltungszyklus „Energie, Ressourcen, Frieden. Herausforderungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft“, den die Stiftung vom 16. bis 19. September 2007 in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), Osnabrück, der Right Livelihood Award Foundation (RLA), Stockholm, und der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung, Bonn, ausrichtete. Ziel des Veranstaltungszyklus war es, die im Umfeld der Trägerorganisationen vorhandenen Expertennetzwerke – Umweltpreisträger, alternative Nobelpreisträger und Friedensforschung - zusammenzuführen und eine öffentlichkeitswirksame Debatte darüber zu führen, welche Gefahren für die globale Stabilität und für das friedliche Zusammenleben von der zunehmenden Ressourcenknappheit und vom Klimawandel ausgehen können. Darüber hinaus sollten die Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden, die für eine vorbeugende Politik der Nachhaltigkeit und der Friedenssicherung zur Verfügung stehen.

Die Veranstaltungen des Zyklus fanden an verschiedenen Orten statt. Den Auftakt bildete am 16. September 2007 eine öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Osnabrücker Friedensgespräche, auf der sich Jakob von Uexküll, der Stifter des Right Livelihood Award, und die Menschenrechtsaktivistin und alternative Nobelpreisträgerin Bianca Jagger mit den „Globalen Herausforderungen für Erde und Menschheit“ auseinandersetzten. Am Tag darauf folgte das nichtöffentliche „Fachforum Energie, Ressourcen, Frieden“ im Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Hier diskutierten Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik über Risikoanalysen und Lösungsstrategien aus unterschiedlichen Perspektiven. Den einführenden Hauptvortrag „Energie, Ressourcen Frieden – Herausforderungen für eine globale Friedenspolitik“ hielt Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Dekan der Bren School of Environmental Science and Management, University of California, Santa Barbara.

In seinem Grußwort hob der Vorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, hervor, dass die Verknüpfung der Themengebiete Ressourcen und Frieden noch vor zehn Jahren keine große Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Öffentlichkeit erhalten hätte. Heute hingegen

22 Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 83 (2008), 1. Themenschwerpunkt: Frieden durch Staatlichkeit?

spreche man schon von einem neuen Konfliktparadigma des 21. Jahrhunderts. Aus Sicht der Friedens- und Konfliktforschung seien zwar die Konfliktträchtigkeit der zu erwartenden Ressourcenverknappung und deren mögliche Verschärfung durch den globalen Klimawandel nicht von der Hand zu weisen, gleichwohl sei vor voreiligen Schlussfolgerungen zu warnen, da zunehmende Knappheit auch zu neuen Kooperations- und Verteilungsbeziehungen führen könne. Diese Zusammenhänge zu erforschen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine vorausschauende Politik der Krisen- und Gewaltprävention, stelle auch für die Friedens- und Konfliktforschung eine neue Herausforderung dar.

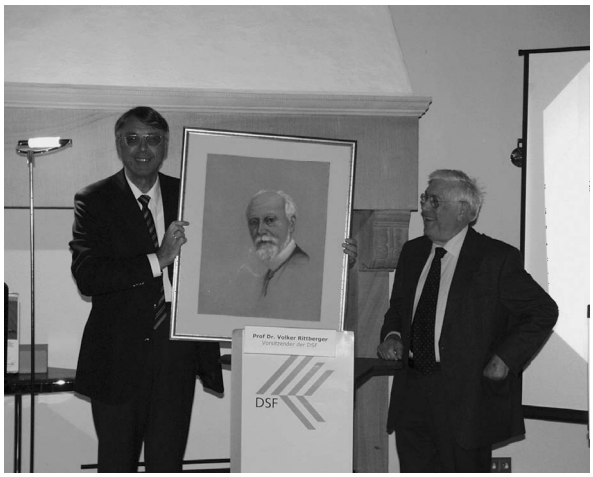
Am 18. September 2007 fanden Regionalveranstaltungen im Raum Münster/Osnabrück statt, für die sich Umweltpreisträger und alternative Nobelpreisträger als Referenten zur Verfügung stellten. Die Auftritte der Preisträger lösten ein lebhaftes Medienecho aus.

Den Abschluss des Veranstaltungszyklus bildete am 19. September 2007 die öffentliche Veranstaltung „Energie, Ressourcen, Frieden – Herausforderungen für eine friedliche, zukunftsfähige Politik“ in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, für die der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, und der Friedensforscher und Träger des alternativen Nobelpreises, Prof. Dr. Johan Galtung, als Hauptredner gewonnen werden konnten. Anschließend moderierte die Trägerin des alternativen Nobelpreises, Bianca Jagger, ein Podium mit Vertretern und Vertreterinnen aus Wissenschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen.

Die Beiträge des Veranstaltungszyklus werden in einer Buchveröffentlichung zugänglich gemacht.[23]

23 Reiner Braun u.a.: Kriege um Ressourcen? Herausforderungen für das 21. Jahrhundert. München: oekom Verlag 2008. (Im Erscheinen)

4. Angliederung der Ludwig Quidde-Stiftung an die DSF



Nachdem in den Vorjahren die stiftungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden waren, fand am 26. September 2007 am Sitz der Stiftung, dem Steinwerk Ledenhof, eine Feierstunde statt, mit der die Weiterführung der Ludwig Quidde-Stiftung als unselbstständige Stiftung in der Verwaltung der DSF zunächst symbolisch besiegelt wurde. Die stiftungsrechtliche Umwandlung steht noch aus und wird im Laufe des Jahres 2008 erfolgen.

Aus diesem Anlass überreichte der Vorsitzende der Ludwig Quidde-Stiftung, Prof. Dr. Karl Holl, dem Vorsitzenden der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, ein Porträt des Friedensnobelpreisträgers von 1927 (Foto oben). In seiner Ansprache wies Prof. Rittberger darauf hin, dass mit dem Porträt Quiddes und der Angliederung der Ludwig Quidde-Stiftung an die DSF ein weiterer deutscher Friedensnobelpreisträger einen „ständigen Sitz" im Steinwerk Ledenhof erhalte, nachdem im vergangenen Jahr dank der großzügigen Unterstützung der Stadt Osnabrück und einiger Bürgerinnen und Bürger eine Willy-Brandt-Plastik von Rainer Fetting im Hof des Stiftungssitzes aufgestellt werden konnte.
Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Ludwig Quidde, der zu den führenden Köpfen der Friedensbewegung im Kaiserreich und in der Weimar Republik gezählt habe. Quidde habe zudem an der Zeitschrift „Die Friedens-Warte" mitgearbeitet, die bis heute fortbestehe und die einzige deutschsprachige Fachzeitschrift der Friedens- und Konfliktforschung darstelle. Insofern gebe es vielfältige Verbindungen zum Lebenswerk Ludwig Quiddes. Es sei dem verstorbenen Stiftungsgründer, Dr. Torsten Quidde, einem Namensvetter des Friedensnobelpreisträgers, zu verdanken, dass das Lebenswerk Quiddes durch eine Stiftung in Erinnerung gehalten werden könne.

In einem Grußwort äußerte sich der Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück, Boris Pistorius (Foto rechts), sehr erfreut darüber, dass eine weitere Stiftung ihren Sitz in der Friedensstadt haben werde. Er sehe dies auch als eine „Auszeichnung" für die Stadt an.

Den würdigen Abschluss der Veranstaltung bildete der Vortrag von Prof. Dr. Holl, der seine im Juni 2007 erschienene Biografie über Ludwig Quidde vorstellte.[24]

24 Karl Holl: Ludwig Quidde. Eine Biographie. Düsseldorf 2007.

5. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit

Die Vernetzung der Friedens- und Konfliktforschung auf nationaler und internationaler Ebene, der Dialog mit der friedenspolitischen Praxis sowie die Präsentation der Stiftung in der Öffentlichkeit zählen zu den zentralen Aufgaben, die durch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands wahrgenommen werden.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands nahmen an wichtigen Tagungen und Ereignissen teil. So sprach der Stiftungsvorsitzende am 24. April 2007 ein einführendes Grußwort aus Anlass der internationalen Tagung „European Strategies and the German EU Presidency: The Way Ahead for Transatlantic Cooperation?“ von „Women in International Security“ (WIIS). Es sei von grundlegender Bedeutung, die Debatten um Sicherheit, Frieden und Entwicklung nicht auf die Frage militärischer Sicherheit zu reduzieren, sondern die Reichweite und Wirksamkeit ziviler Instrumente der Gewaltprävention, der Konfliktbearbeitung und -transformation von vornherein zu berücksichtigen. Frieden und Stabilität könnten in Nachkriegsgesellschaften nur gesichert werden, wenn eine Wiederaufbaustrategie verfolgt wird, die langfristig angelegt ist und die zivile Strukturen stärkt. Ein zeitgemäßes Verständnis von Sicherheit beschränke sich nicht auf die Sicherheit von Staaten, sondern beziehe auch den Schutz der Zivilbevölkerung ein. Hierfür Konzepte und Instrumente zu entwickeln, sei eine der größten Herausforderung für die transatlantische Kooperation in den kommenden Jahren.

Darüber hinaus wirkte Prof. Rittberger mit einem Beitrag zu „Peacebuilding and the United Nations: Taking Stock“ an der von der DSF geförderten internationalen Tagung “Public Administration Meets Peacebuilding. Peace Operations as Political and Managerial Challenges” am 15. und 16. Juni 2007 in Konstanz mit. An der Konferenz waren weitere Projektnehmer der Stiftung beteiligt, die Forschungsvorhaben zu VN-geführten Friedensmissionen durchführen. Hierdurch konnte eine gute Vernetzung von DSF-geförderten Forschungsaktivitäten erreicht werden.

Am 2. Oktober 2007 nahm der Stiftungsvorsitzende auf Einladung des Stiftungsratsmitglieds Heinz Schmitt (MdB) an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die neue außenpolitische Rolle der Bundeswehr: Weltsicherheitspolitik oder riskanter Irrweg?“ in Landau/Pfalz teil.

Des Weiteren nahmen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands an Veranstaltungen der Friedens- und Konfliktforschung teil, so z. B. am Jahreskolloquium 2007 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in Iserlohn (23.-25. Februar 2007) oder an der Festveranstaltung „50 Jahre Göttinger Erklärung“ (13. April 2007) in Göttingen.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands führten zudem eine Vielzahl von Gesprächen mit Kooperationspartnern in den Bundesministerien, mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages und Vertretern und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die der institutionellen Entwicklung der Stiftung, dem fachlichen Austausch oder der Vorbereitung von Kooperationsprojekten dienten.

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als Einrichtung der Forschungsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Sie erhielt die Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Osnabrück. Die DSF ist als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt.

Die Aufgaben und Ziele der Stiftung sowie ihre Organstruktur sind in der Satzung festgelegt. Die DSF verfolgt den in § 2 festgelegten Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen".

Die Stiftung verwirklicht den Stiftungszweck, indem sie wissenschaftliche Vorhaben der Friedens- und Konfliktforschung fördert und initiiert, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführt und die Ausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt. Eigene wissenschaftliche Untersuchungen führt die Stiftung nicht durch.

1. Der Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist das Leitungsorgan der Stiftung. Ihm gehören 15 Mitglieder an, die durch die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, berufen werden. Sie vergibt die Mandate für einen Zeitraum von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederbestellung ist möglich.

Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Förderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er beschließt den jährlichen Wirtschaftsplan, der die zu erwartenden Erträge aus dem Stiftungsvermögen und die geplanten Aufwendungen für Fördermaßnahmen, Initiativprojekte und institutionelle Kosten ausweist. Außerdem erstellt er eine Jahresrechnung und einen Tätigkeitsbericht. Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden oder die beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand.

Als Vorsitzender des Stiftungsrates amtiert seit September 2003 Dr. Volker Rittberger, Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Stellvertretende Vorsitzende sind Wolf-Michael Catenhusen, ehemals Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF), und Dr. Martina Fischer, stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin.

Der Stiftungsrat setzt sich satzungsgemäß aus acht Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie vier Vertretern/Vertreterinnen der Bundesregierung und drei Mitgliedern des Deutschen Bundestages zusammen.

In dieser Zusammensetzung kam der Stiftungsrat am 26. April 2007 und am 29. November 2007 zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen.

Dem Gremium gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Gerhard Beestermöller
Stellvertretender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg

Prof. Dr. Michael Brzoska
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Wolf-Michael Catenhusen
Staatssekretär a.D., Berlin

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer
Fachbereich Informatik, AB KOGS, Universität Hamburg

Dr. h. c. Gernot Erler
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Staatsminister, Auswärtiges Amt

Dr. Martina Fischer
Stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

Karin Kortmann
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Johann-Henrich Krummacher (verstorben im Februar 2008)
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Harald Müller
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Georg Nolte
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München

Hans Raidel
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Ausschuss für Verteidigung

Prof. Dr. Volker Rittberger
Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen

Christian Schmidt
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Heinz Schmitt
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Herbert Wulf
Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Nordkorea, Pinneberg

2. Der Wissenschaftliche Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrates legt fest, dass der Beirat bis zu 20 Personen umfassen kann. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre.

Am 26. September 2007 konstituierte sich der Wissenschaftliche Beirat in neuer Zusammensetzung, nachdem der Stiftungsrat die Mandate auf seiner Frühjahrssitzung verlängert bzw. neu vergeben hatte. Zur neuen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates wurde Dr. Constanze Stelzenmüller, Leiterin des Berliner Büros The German Marshall Fund of the United States, berufen. Sie trat die Nachfolge von Dr. Theo Sommer, Editor-at-Large „DIE ZEIT“, an, der das Stiftungsorgan in der ersten Mandatsperiode geleitet hatte. Darüber hinaus berief der Stiftungsrat zehn neue Mitglieder in den Wissenschaftlichen Beirat, der hierdurch auf insgesamt 18 Mitglieder erweitert wurde.

Auf seiner konstituierenden Sitzung in Osnabrück wählten die Beiratsmitglieder Prof. Dr. Martin Kalinowski, Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für naturwissenschaftliche Friedensforschung, Universität Hamburg, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums.

Dem Beirat gehören seit Juni 2007 folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an:

Dr. Constanze Stelzenmüller (Vorsitzende)
The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Prof. Dr. Martin Kalinowski (stellvertretender Vorsitzender)
Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg

Prof. Dr. Matthias Bös
Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Marie-Janine Calic
Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians Universität, München

Prof. Dr. Horst Fischer
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Büro Brüssel

Dr. Volker Franke
Bonn International Center for Conversion (BICC)

Prof. Dr. Wolfgang Frindte
Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. em. Dr. Karl Holl,
Ludwig Quidde-Stiftung Bremen

Uli Jäger,
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Prof. em. Dr. Kathryn Nixdorff
Institut für Mikrobiologie und Genetik, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf
Fachhochschule für Wirtschaft (FHW), Berlin

Prof. Dr. Dirk Messner
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Dr. Anita Müller
swisspeace Bern

Prof. Dr. Götz Neuneck
Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS)

Dr. Ulrich Ratsch
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt), Heidelberg

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer
Juristische Fakultät und Zentrum für Internationale Studien, Technische Universität Dresden

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas
Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS), Universität Bremen

Dr. Cornelia Ulbert
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen

Die Stiftung dankt Dr. Theo Sommer (Editor-at-Large DIE ZEIT, Hamburg) für seine engagierte Amtsführung als Beiratsvorsitzender in den Jahren 2004 bis 2007. Der Dank gilt ferner den ausgeschiedenen Beiratsmitgliedern Prof. Dr. Michael Diehl (Zentrum für Konfliktmanagement, Universität Tübingen), Prof. Dr. Susanne Feske (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster), Dr. Corinna Hauswedell (Evangelische Akademie Loccum), Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani (Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedensforschung (SCHIFF)), Prof. Dr. Thilo Marauhn (Academica Juris Internationalis, Justus-Liebig-Universität Gießen) und Prof. Dr. Angela Mickley (Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Potsdam), die sich mit bleibendem Gewinn an der Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats beteiligt haben.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Osnabrück. Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die mit zweieinhalb Personalstellen ausgestattet ist. Sie wird seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung und die Internetpräsenz der Stiftung zuständig ist. Ergänzt wird das Team regelmäßig durch studentische Praktikanten und Praktikantinnen.

Durch seinen Beschluss vom 9. November 2006 eröffnete der Stiftungsrat ferner die Möglichkeit, längerfristige Praktika mit einer Dauer von bis zu 12 Monaten in der Geschäftsstelle zu absolvieren, für die die Stiftung eine Vergütung zur Verfügung stellt.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie bereitet den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht der DSF vor. Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte“, „Forum DSF“ „Forschung DSF“, „Arbeitspapiere DSF“ und „DSF-Info“.

4. Die Schirmherrschaft

Schirmherr der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Bundespräsident Dr. Horst Köhler.

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung des Stiftungsvermögens

Am Jahresende 2007 steht der Deutschen Stiftung Friedensforschung ein Stiftungskapital in Höhe von 27,06 Mio. Euro zur Verfügung. Es wurde aus Mitteln des Bundeshaushaltes in die Stiftung eingebracht.

Die DSF erwirtschaftet mit dem Stiftungsvermögen ausschüttungsfähige Erträge, mit denen die Fördermaßnahmen und die institutionellen Kosten finanziert werden. Darüber hinaus kann sie von einer Bestimmung in der Stiftungssatzung Gebrauch machen, wonach Teile des Stiftungsvermögens für Zwecke der Förderung aufgezehrt werden können.

In den Jahren 2002 bis 2004 verwirklichte die Stiftung ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung mit einem Gesamtvolumen von 5 Mio. Euro, das ausschließlich über den Kapitalverzehr finanziert wurde. Die Verbindlichkeiten aus diesen Fördermaßnahmen erstrecken sich bis in das Jahr 2011.

In den vergangenen Jahren ist es der Stiftung gelungen, den drohenden ertragsmindernden Substanzverlust des Kapitals zu vermeiden. So konnte die Verringerung des Stiftungsvermögens durch Kapitalzuführungen aus dem Bundeshaushalt wieder ausgeglichen werden. Nachdem in den Jahren 2004 bis 2006 insgesamt 4 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt (Einzelpläne 30, BMBF, und 14, BMVg) zugeführt worden waren, erhielt die DSF im Jahr 2007 für diesen Zweck die letzte Einzahlung in Höhe von einer Million Euro. Die Stiftung dankt den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, für diese Unterstützung.

Darüber hinaus konnte das Anfangsvermögen der DSF in Höhe von 25,56 Mio. Euro im Dezember 2007 um 1,5 Mio. Euro auf 27,06 Mio. Euro aufgestockt werden. Die Stiftung erhielt zusätzliche 1,5 Mio. Euro aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Hierdurch soll sie in die Lage versetzt werden, Förderleistungen in den Bereichen Vernetzung und Ergebnistransfer zu übernehmen, die bisher von der zum Jahresende 2007 aufgelösten Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) erbracht worden waren. Auch hierfür ist die Stiftung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zu großem Dank verpflichtet.

Die Stiftung hat Vermögensverwaltungsaufträge an zwei Geldinstitute vergeben, die die Anlage des Stiftungskapitals gemäß den Anlagerichtlinien der DSF in individuellen Portfolien betreuen. Die Anlageformen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile und strukturierte Produkte.

2. Finanzielle und wirtschaftliche Situation zum Jahresende 2007

Die Bilanzsumme zum 31.12.2007 beträgt 31,5 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. Euro (11,3%) erhöht. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 28,02 Mio. Euro und liegt somit um 2 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Es besteht vor allem aus Wertpapieren (27,96 Mio. Euro).

Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag 3,45 Mio. Euro, was in erster Linie auf die Zuführungen aus dem Bundeshaushalt zurückzuführen ist. Auf der Passivseite ist die Veränderung der Bilanzsumme hauptsächlich auf die Erhöhung des Stiftungsvermögens zurückzuführen.

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungswerten, Wertberichtigungen waren 2007 nicht erforderlich.

Die Förderverbindlichkeiten der Stiftung setzen sich im Jahr 2007 folgendermaßen zusammen: Auf Neubewilligungen im Bereich der Forschungsprojektförderung entfallen 770 Tsd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Förderzusagen der Stiftung um rund 116 Tsd. Euro an. Nach Abzug der ausgezahlten Fördermittel verbleiben Verbindlichkeiten aus der Forschungsprojektförderung in Höhe von 824 Tsd. Euro, rund 200 Tsd. mehr als im Vorjahr.

Im Rahmen des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung wurden weder neue Projekte in die Förderung aufgenommen noch Nachbewilligungen ausgesprochen. Die Verpflichtungen für dieses Programm belaufen sich noch auf 1,6 Mio. Euro und haben sich damit gegenüber 2006 durch die laufenden Auszahlungen deutlich verringert.

Die Ertragslage der DSF hat sich im Jahr 2007 entsprechend der insgesamt freundlicheren Entwicklung an den Kapitalmärkten positiv entwickelt. Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Der Verkauf von Wertpapieren aufgrund von strategischen Entscheidungen führte zu einer Gewinnrealisierung in Höhe von 1 Mio. Euro.

Das Jahresergebnis vor Verwendung liegt um 523 Tsd. Euro über dem Betrag für 2006. Insgesamt schließt das Jahr 2007 mit einem Überschuss vom mehr als 1 Mio. Euro ab, der fast ausschließlich zur Aufstockung der im Vorjahr erstmalig eingerichteten freien Rücklage verwendet wird. Diese dient dazu, von der Stiftung eingegangene mehrjährige Verpflichtungen, wie z. B. das „Friedensgutachten“, finanziell abzusichern.

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück
Ertragsrechnung für die Zeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2007

A. I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**2.048.645,86 €**
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	1.004.927,07 €
2. Zinsen aus Festgeldern u.ä.	31.575,93 €
3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	1.012.142,86 €
4. Sonstige Erträge	0,00 €
A. II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**140.327,98 €**
1. Managementgebühren Banken	137.558,98 €
2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €
3. Steuern vom Einkommen und Ertrag, insbes. Kap.ertr. St.	2.769,00 €
A. III. Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**1.908.317,88 €**
B. I. Erträge aus Verwaltung	**9.399,59 €**
1. Auflösung Sonderposten für den Umbau	6.919,59 €
2. Sonstige Erträge, insbes. aus der Vermietung Renaissance-Saal	2.480,00 €
B. II. Aufwendungen aus Verwaltung	**203.466,02 €**
1. Personalaufwendungen	133.893,85 €
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	10.523,46 €
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand (Sachaufwendungen)	59.048,71 €
B. III. Ergebnis aus Verwaltung	**-194.066,43 €**
C. Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**1.714.251,45 €**
D. Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszwecks	
1. Projektförderung - Neubewilligungen	770.211,30 €
2. Projektförderung - Evaluierung und Forschungsberichte	7.420,95 €
3. Rückzahlungen Projektförderung	-86.729,00 €
4. Nachwuchsförderung - Neubewilligungen	0,00 €
5. Nachwuchsförderung - begleitende Massnahmen	2.359,46 €
6. Rückzahlungen Nachwuchsförderung	-15.175,03 €
7. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	136.932,15 €
8. Förderung durch Dritte	-108.725,63 €
Summe	**706.294,20 €**
E. Jahresergebnis	**1.007.957,25 €**

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück

Bilanz zum 31.12.2007

Aktiva	**31.469.947,39 €**
A. Anlagevermögen	**28.019.287,59 €**
I. Sachanlagen	
Betriebs-und Geschäftsausstattung	56.467,70 €
II. Finanzanlagen	
Wertpapiere des Anlagevermögens	27.962.819,89 €
B. Umlaufvermögen	**3.450.659,80 €**
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	388.762,58 €
Sonstige Vermögensgegenstände (Restlaufzeit kürzer als ein Jahr)	91.214,63 €
II. Liquide Mittel	2.970.682,59 €

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück	
Bilanz zum 31.12.2007	
Passiva	**31.469.947,39 €**
A. Eigenkapital	**28.860.923,79 €**
I. Stiftungskapital	27.713.074,95 €
II. Ergebnisrücklagen	450.000,00 €
III. Verlustvortrag	-310.108,41 €
IV. Jahresüberschuss 2007	1.007.957,25 €
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	**47.310,18 €**
C. Rückstellungen	**8.300,95 €**
D. Verbindlichkeiten	**2.553.412,47 €**
I. Zusagen Projektförderung	823.936,30 €
II. Zusagen Nachwuchsförderung	1.622.746,18 €
III. Sonstige Verbindlichkeiten	106.729,99 €

Für die vollständige Jahresrechnung ist der folgende uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers und des Stiftungsrates der DSF. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen: Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Bad Iburg, den 04. April 2008

Dipl.-Kfm. Hermann Ewerding
- Wirtschaftsprüfer -

V. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2007 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben

Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien	
Projektleiter: **Dr. Wolfgang Wagner**	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.
Laufzeit: 15 Monate – Jun. 2007 bis Jul. 2007 und Dez. 2007 bis Dez. 2008 Fördersumme: 94.846,00 Euro	

Projektzusammenfassung

Der demokratischen Kontrolle der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird in der Friedens- und Konfliktforschung größte Bedeutung beigemessen. Ausgehend von der Debatte um den „demokratischen Frieden“ haben die Besonderheiten demokratischer Politik auch in benachbarten Forschungsfeldern wie „Kriege demokratischer Staaten“, „Sicherheitsinstitutionen“ oder „zivil-militärische Beziehungen“ wachsende Aufmerksamkeit erfahren.

Demokratien unterscheiden sich allerdings ganz erheblich darin, wie viel demokratische Kontrolle im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugelassen wird und wie diese organisiert ist. Das Projekt widmet sich diesen Unterschieden im Bereich der parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung bei Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften. Das Projekt möchte herausfinden, aufgrund welcher Faktoren in einigen Demokratien vor einer Entsendung von Streitkräften die Zustimmung des Parlaments erforderlich ist, während in anderen Demokratien die Regierung das Parlament nicht einmal konsultieren muss.

Um eine Erklärung für das unterschiedliche Ausmaß parlamentarischer Kontrolle und Mitbestimmung bei Militäreinsätzen zu entwickeln, werden aus den Internationalen Beziehungen, der Vergleichenden Systemforschung und der Demokratietheorie fünf Hypothesen entwickelt und empirisch überprüft: Die „locking-in“-Hypothese geht davon aus, dass der Grad parlamentarischer Kontrolle von Militäreinsätzen immer dann besonders niedrig sein wird, wenn das Land bereits auf eine lange Tradition als

Demokratie zurückblickt und institutionelle Vorkehrungen gegenüber zukünftigen Regierungen weniger dringlich erscheinen. Die „lessons-learnt“-Hypothese sieht den Grad parlamentarischer Kontrolle von Militäreinsätzen eher im Zusammenhang mit den Erfolgen oder Misserfolgen des letzten großen Militäreinsatzes: Scheitert ein Einsatz oder bringt er hohe Verluste mit sich, ist eine Stärkung parlamentarischer Kontrollinstrumente gegenüber der Regierung zu erwarten. Die „Kolonialismus“-Hypothese vermutet, dass sich die Vergangenheit als Kolonialstaat in einer Marginalisierung des Parlaments bei Militärmissionen niederschlägt. Die „Demokratietyp“-Hypothese hingegen betrachtet den Grad parlamentarischer Kontrolle von Militäreinsätzen in Abhängigkeit von der Funktion des Parlaments im politischen System einer parlamentarischen oder präsidentiellen Demokratie. Die „Internationalisierungs“-Hypothese schließlich führt einen geringen Grad parlamentarischer Kontrolle von Militäreinsätzen auf die Anforderungen integrierter Militärstrukturen zurück.

Um die Erklärungskraft von fünf möglichen Faktoren untersuchen zu können, ist einerseits eine große Zahl von Fällen, andererseits ein hohes Maß an Homogenität bei anderen Staatenmerkmalen wünschenswert, weil mit der Heterogenität der untersuchten Staaten natürlich auch die Gefahr möglicher Verzerrungen durch unberücksichtigte Variablen wächst. Für die Fallauswahl werden daher zwei Kriterien angelegt: Zum einen werden nur Staaten berücksichtigt, deren demokratischer Charakter über jeden Zweifel erhaben ist, weil sie hohe Demokratie-Werte auf der in der Demokratie/Frieden-Debatte einschlägigen Polity IV-Skala erzielen. Zum anderen werden nur Demokratien mit einem hohen ökonomischen Entwicklungsniveau untersucht, für das die Mitgliedschaft in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Indikator gilt. Infolge dieser Fallauswahl sollen im Laufe des Projekts die entsprechenden Daten für insgesamt 26 Staaten gesammelt werden. Zu diesen gehören Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ungarn und die USA.

Da die Zahl von 26 Fällen für eine vergleichende Fallstudienanalyse zu hoch, aber für eine multivariate Regressionsanalyse gering ist, wird die von Charles Ragin entwickelte Methode der Qualitative Comparative Analysis (QCA) angewendet.

Parliamentary Control of the Security Sector. A Comparative Study of Indonesia and Nigeria	
Projektleiter: **Prof. Dr. Jürgen Rüland**	Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
Laufzeit: 24 Monate - Nov. 2007 bis Okt. 2009 Fördersumme: 150.000,00 Euro	

Projektzusammenfassung

Das Forschungsprojekt steht an der Schnittstelle von Friedens-, Demokratisierungs-, Parlaments- und internationaler Politikforschung. Es geht davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit der Konsolidierung von Demokratien der „Dritten Welt“ zunimmt, wenn es gelingt, Vetoakteure in die demokratische Ordnung einzubinden. Dies gilt aufgrund ihrer herausragenden Stellung in den der neuen demokratischen Ordnung vorausgehenden autoritären Regimen in besonderer Weise für Streitkräfte. Diese verteidigen auch nach einer demokratischen Transition ihre Korporativinteressen. Zu diesem Zweck versuchen Teile des Militärs, die demokratische Konsolidierung zu verlangsamen, zu verwässern oder gar die alte Ordnung zu restaurieren.

Daraus folgt, dass zivile Suprematie und die demokratische Kontrolle des Militärs Grundvoraussetzungen für eine Konsolidierung neuer Demokratien darstellen. Welche Rolle dabei die Parlamente spielen, ist die in diesem Forschungsprojekt verfolgte zentrale Fragestellung. Dabei gilt es herauszufinden, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang Parlamente in der Lage sind, ihrem politischen Gestaltungs- und Kontrollauftrag nachzukommen und welcher Strategien sie sich dabei bedienen. Empirisch sollen diese Forschungsfragen in Indonesien und Nigeria untersucht werden.

Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland	
Projektleiter: **Prof. Dr. Wolfgang Frindte**	Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Laufzeit: 24 Monate - Aug. 2007 bis Jul. 2009 Fördersumme: 149.000,00 Euro	

Projektzusammenfassung

Der 11. September 2001 wird oftmals als „Wendepunkt“ oder gar als Beginn des „Vierten Weltkrieges“ bezeichnet. Mit den Terroranschlägen könnte deutlich geworden sein, dass Globalisierung sich nicht nur an der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung, der Ausweitung von Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten, an Handels- und Finanzströmen, Migrationsprozessen, sondern auch an der weltweiten, transnationalen Vernetzung des Terrorismus aufzeigen lässt. Insofern stellt der Terrorismus eine grundsätzliche Bedrohung des nationalen und internationalen Friedens dar, weil eben durch die asymmetrische Verknüpfung von terroristischen Aktionen und antiterroristischen Reaktionen die Gefahr wächst, grundlegende Eigenschaften von Zivilgesellschaften (Freiheit, Menschenrechte, Demokratie) zu desavouieren. Terrorismusforschung ist demzufolge in ihren Grundlagen Konflikt- und Friedensforschung. Diesem Anspruch fühlen sich die Bearbeiter eines Projekts verpflichtet, das seit Juli 2007 von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert und am Institut für Psychologie und dem Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität in Jena von den Professoren Frindte und Scheufele unter Mitarbeit von Nicole Haußecker, MA, und Diplompsychologen Jens Jirschitzka geleitet und bearbeitet wird.

Ein erstes Ziel des Projekts ist auf die Analyse und Bewertung terrorrelevanter medialer Berichterstattungen gerichtet. Durchgeführt werden seit Mitte August komplexe medienwissenschaftliche Auswertungen von terrorrelevanten Berichterstattungen. Dabei werden mediale Zeitverlaufsdaten der Nachrichten von ARD, ZDF, RTL, Sat1, N-TV und Arte in Deutschland aufgezeichnet und über zwei Jahre (von 2007-2009) einer quantitativen und qualitativen Analyse unterzogen. Kommunikationswissenschaftliche Ansätze bilden den theoretischen Hintergrund, um zu klären, wie und warum mediale Berichterstattung über Terrorismus bestimmte Vorstellungen über Terror salient[25] machen kann und bestimmte kausale Interpretationen, moralische Bewertungen und/oder die Beschäftigung mit den entsprechenden Aspekten gefördert werden können.

Ein zweites Ziel des Projekts bezieht sich auf das alltägliche Terrorverständnis und die alltäglichen Beschreibungen der deutschen Bevölkerung im Umgang mit dem modernen

25 Salienz bedeutet in der Psychologie, dass ein Reiz (z.B. ein Objekt oder eine Person) aus seinem Kontext hervorgehoben und dadurch dem Bewusstsein leichter zugänglich ist als ein nicht-salienter Reiz.

Terrorismus. Dabei geht es u.a. um folgende Fragen: In welcher Weise verändern die von den Medien konstruierten Bilder und Vorstellungen von terroristischen Anschlägen die individuellen Konstruktionen über Terrorismus (z.B. das alltägliche Terrorverständnis, die alltäglichen Erklärungen über Ursache-Wirkungsbeziehungen oder das individuelle Bedrohungserleben)? Inwieweit wird das Sicherheitsverhalten, die Solidaritätsbereitschaft, das Mobilitätsverhalten oder der Destabilisierungsgrad demokratischer Orientierungen in der Bevölkerung (z.B. Ethnozentrismus, Nationalismus, Patriotismus) durch die mediale Berichterstattung beeinflusst? Verfügt die deutsche Bevölkerung über die oftmals beschworene historische Gelassenheit und wovon hängt diese Gelassenheit ab? Zur Beantwortung dieser Fragen werden 100 ausgewählte erwachsene deutsche Personen (im Hinblick auf Mediennutzungsverhalten, Alter, Geschlecht, Bildung und regionale Herkunft annähernd vergleichbar mit der Gesamtbevölkerung) im Verlaufe der Projektzeit zu drei Erhebungszeitpunkten wiederholt interviewt (Panel).

Das soziale, gesellschaftliche Umfeld ist ganz offensichtlich eine – ja vielleicht die entscheidende – Größe, wenn es um das Verständnis des Terrorismusphänomens geht. Um relevante soziale Umweltbedingungen von Terror und Terrorismus zu eruieren, haben die Bearbeiter inzwischen ein weiteres Projekt vorbereitet, mit dem u.a. das Unterstützungs- bzw. Ablehnungspotential terroristischer Aktivitäten durch die Bevölkerung und ausgewählte Gruppierungen untersucht werden soll. Den Kern dieser Analysen bilden drei repräsentative Bevölkerungsbefragungen, die in Deutschland während der nächsten zwei Jahre mit jeweils 1.000 Deutschen ab 16 Jahren (ohne Migrationshintergrund) und mit Vertretern der moslemischen Minderheiten (300 legal in Deutschland lebende Muslime ab 16 Jahren) durchgeführt werden.

Der Terror und die damit verbundene Gewalt sind Zeichen, deren Auftrittswahrscheinlichkeiten und Bedeutungen viel schwerer zu entschlüsseln sind, als ihre brachialen Akte es erscheinen lassen. Uns fehlen offenbar geeignete wissenschaftliche Sensorien und Indikatoren, um potentielle Terrorbedrohungen und deren Folgen beobachten, bewerten und prognostisch beurteilen zu können. Terroristische Netzwerke agieren autonom und eigendynamisch. Insofern mag der Terror blindwütig sein; seine Akteure hingegen sind es nicht. Auch mögen sich die Vorbereitung terroristischer Aktionen, die personalen und sozialen Charakteristika der terroristischen Gruppen und ihrer Führer etc. zwar weitgehend herkömmlicher sozialwissenschaftlicher Erforschung entziehen, die sozialen Potentiale und Latenzen des Terrorismus sind aber keinesfalls unbestimmt und durchaus beobachtbar. Es handelt sich um die Mythen und Ideologien der Gegen-Moderne und ihrer Vertreter. Phänomenologisch haben wir es dabei u.a. mit politisch, religiös und/oder ethnisch begründeten Ethnozentrismen, Nationalismen, sozialen Diskriminierungen, Anti-Amerikanismen, Anti-Semitismen und Gewaltbefürwortungen zu tun. Insofern mag der mehrfach geäußerte Verdacht, Terrorismus sei der andere, bisher unsichtbare Teil der Moderne durchaus seine dialektische Berechtigung haben. Das bedeutet aber auch, Terrorismus ist in seinen Potenzen und Latenzen aktuell in jeder modernen Gesellschaft beobachtbar. Diese Beobachtung wissenschaftlich zu fundieren, um mit an den Grundlagen einer friedlichen Weltordnung zu arbeiten, ist das Grundanliegen des gestarteten Projekts.

Strategie, Anarchie oder fehlendes internationales Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen	
Projektleiter/in: **Prof. Dr. Gerald Schneider** **Dr. Margit Bussmann**	Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz
Laufzeit: 24 Monate – Jun. 2007 bis Mai 2009 Fördersumme: 94.500 Euro	

Projektzusammenfassung

Die Forschung zu den Ursachen und Konsequenzen von Bürgerkriegen ist sich noch uneinig, ob einseitige Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung oder Gefangenen eine Konsequenz der strategischen Situation, der losen Führung der beteiligten Streitkräfte oder aber der fehlenden Sanktionierung durch die internationale Staatengemeinschaft ist.

Die zur ersten „Logik“ gehörende Arbeitshypothese ist an den klassischen Theorien der Eskalation orientiert; sie postuliert, dass Bürgerkriegsparteien einseitige Gewalt anwenden, um strategische Vorteile im militärischen Ringen zu erzielen.

Der zweite, damit konkurrierende Erklärungsstrang lenkt den Blick auf die Organisation der Streitkräfte und rechnet mit einseitiger Gewalt für den Fall, dass Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung intern nicht geahndet werden.

Der dritte Erklärungsansatz verweist auf den direkten und indirekten Einfluss der internationalen Staatengemeinschaft, die in Bürgerkriegen in höchst unterschiedlichem Ausmaß durch NGOs oder Interventionsstreitkräfte vertreten ist. Unser empirischer Fokus liegt dabei auf den Aktivitäten des IKRK.

Dieses Projekt erforscht das Auftreten von Massakern und anderen Formen der willkürlichen, einseitigen Gewaltanwendung in Bürgerkriegen seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Dazu sammeln wir in Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Partnern systematisch Informationen zum Verlauf von etwa 20 Bürgerkriegen und erkunden die drei widerstreitenden Logiken der einseitigen Gewalt anhand dieser Längsschnittinformationen vergleichend mit Hilfe von neueren wie auch etablierten quantitativen und qualitativen Verfahren der empirischen Sozialwissenschaften.

Tourism, Peace and Conflict. How far does Self-interest carry?	
Projektleiter: **Dr. Markus Raueiser** **Prof. Dr. Laurent Goetschel**	Cologne Business School, Köln; in Kooperation mit swisspeace, Bern
Laufzeit: 13 Monate - Feb. 2008 bis Feb. 2009 Fördersumme: 123.852,00 Euro	

Projektzusammenfassung

Problemstellung
Der private Wirtschaftssektor wird zunehmend als möglicher Partner im Bereich von Konfliktbearbeitung und Friedensförderung gesehen. Dabei wird zum einen argumentiert, dass private Unternehmen zur Entstehung und Aufrechterhaltung gewaltsamer Konflikte beitragen können und aus diesem Grund in Konfliktbearbeitung integriert werden sollten; zum anderen wird an das unternehmerische Eigeninteresse appelliert. Gewaltsame Konflikte behindern wirtschaftliche Aktivitäten der meisten Unternehmen und können direkte Kosten mit sich bringen. In einem friedlichen Umfeld hingegen ist ein Wirtschaften ohne die Risiken, wie sie durch gewalttätige Auseinandersetzungen entstehen, möglich.

Der Tourismus gehört zu den Wirtschaftszweigen, die – so die weitläufige Meinung - von gewaltsamen Konflikten am ehesten betroffen sind. Gleichzeitig ist der Tourismus ein Wirtschaftszweig, der auf einen engen Kontakt zu lokalen Akteuren staatlicher sowie privatwirtschaftlicher Herkunft angewiesen ist. Gewaltsame Konflikte erhalten damit für die Tourismusbranche eine besondere Relevanz. Diverse Studien legen nahe, dass die Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden für diesen Sektor von substanziellem Interesse ist. Gewaltsame Konflikte führen in der Regel zu einem drastischen Rückgang des Reiseaufkommens und damit zu starken wirtschaftlichen Einbußen der gesamten Branche einschließlich der touristischen Unternehmen sowie Investoren und öffentlichen und privaten Institutionen.

Bislang betrachten aber nur wenige wissenschaftliche Beiträge, ob und wie das angenommene wirtschaftliche Eigeninteresse an einem friedlichen Umfeld touristische Unternehmen dazu bewegt, sich in Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zu engagieren. Insbesondere wurde bislang der Einfluss einer speziellen Branche, wie dem Tourismussektor, auf Friedensförderungsprozesse noch nicht wissenschaftlich untersucht. Die Studie möchte zu einem bessern Verständnis der Potentiale und Grenzen privatwirtschaftlichen Engagements in Konfliktbearbeitung beitragen und spezifisches Augenmerk auf den konflikt-sensiblen Tourismussektor lenken.

Ziele
Das Forschungsprojekt hat das Ziel, das Wirkungsgefüge zwischen unternehmerischem Handeln der Tourismusbranche, gewaltsamen Konflikten und Friedensförderung näher zu beleuchten. Es geht insbesondere darum, ein tiefergehendes Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen des unternehmerischen Beitrags zur Friedensförderung zu erhalten. Dabei werden in einer vergleichenden Studie für den Tourismussektor die folgenden Fragen untersucht:

1. Wie wirken sich die Effekte eines gewaltsamen Konflikts auf Unternehmen der Tourismusbranche aus?
2. Wie wirken die Kosten eines gewaltsamen Konflikts auf die Bereitschaft eines Unternehmens, sich für Friedensförderung einzusetzen (Eigeninteresse an Friedensförderung)?
3. Welche Erfahrungen wurden bislang mit der unternehmerischen Unterstützung von Friedensförderung gemacht und welche Potentiale und Grenzen gibt es?

Die Ergebnisse sollen nicht nur zum Verständnis der spezifischen Rolle von Tourismusunternehmen beitragen, sondern auch Schlussfolgerungen für den Privatsektor als Partner in Friedensförderung allgemein zulassen.

Sowohl der Fokus auf das Eigeninteresse als Anreiz für unternehmerische Unterstützung von Friedensforschung als auch der branchenspezifische Ansatz sind in der derzeitigen Literatur nur wenig berücksichtigt worden. Die Ergebnisse der Studie sind sowohl aus praktischer Perspektive als auch aus Perspektive der Friedensforschung von Interesse.

Methodik
Die Fragestellung wird mittels einer vergleichenden, qualitativen Untersuchung der drei Fälle Libanon, Ruanda und Sri Lanka bearbeitet. Hierfür werden sowohl die regionalen Strukturen der Tourismuswirtschaft in ihrem Beziehungsgefüge zu Konfliktsituationen untersucht als auch die Interessen und Strategien nationaler und internationaler Tourismusunternehmen analysiert.

Der interdisziplinäre Ansatz des Projekts (Betriebswirtschaft / Tourismusmanagement und Friedens- und Konfliktforschung) trägt dazu bei, ein möglichst umfassendes Verständnis der Rolle von privaten Unternehmen in Konfliktbearbeitung und Friedensforschung zu erhalten.

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten

Die im Folgenden aufgelisteten Veröffentlichungen sind aus von der DSF geförderten Projekten hervorgegangen. Berücksichtigt sind alle Publikationen, die im Laufe des Jahres 2007 erschienen sind und von denen die Stiftung Kenntnis erhalten hat.

Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens

Informationsanforderungen bei der Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach der Charta der Vereinten Nationen.
Projektleiter: Prof. Dr. Joachim Wolf, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum

- Joachim Wolf: Die Rolle der Medien im „Globalen Anti-Terror-Krieg“: Verändern die Medien das Völkerrecht? In: Rubin. Sonderheft Globaler Wandel 2007, S.40-45.

Die internationale Organisation des Demokratischen Friedens
Projektleiter: Dr. Matthias Dembinski, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen

- Matthias Dembinski (mit Andreas Hasenclever und Wolfgang Wagner): Vom Demokratischen Frieden zum Politikverflechtungsfrieden? Die internationale Organisation Demokratischen Friedens und Demokratischer Kriege. In: Anna Geis, Harald Müller, Wolfgang Wagner (Hrsg.): Schattenseiten des demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik. Frankfurt: Campus 2007, S. 123-146.
- Andreas Hasenclever und Brigitte Weiffen: Rivalitätsmanagement zwischen Demokratien. Eine institutionalistische Analyse des Demokratischen Friedens. In: Andreas Hasenclever, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen. Frankfurt: Campus 2007, S. 283-313.

Post-Conflict: Rebuilding of States - Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit
Projektleiter: Prof. Dr. Volker Epping, Juristische Fakultät, Leibnitz Universität Hannover und Dr. Hans-Joachim Heintze, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, Ruhr-Universität Bochum

- Volker Epping: Völkerrechtliche Aspekte defektiver Staatlichkeit. In: ebd., S. 9-23.

- Markus Badzio: Die völkerrechtliche Legitimation des Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina. In: Volker Epping und Hans-Joachim Heintze (Hrsg.): Wiederherstellung staatlicher Strukturen in Nach-Konflikt-Situationen. Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum humanitären Völkerrecht, 55. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2007, S. 45-63.
- Hans-Joachim Heintze: Do Non-State Actors Challenge International Humanitarian Law? In: Wolff Heintschel von Heinegg/Volker Epping (Hrsg.) International Humanitarian Law Facing New Challenges. Symposium in Honour of Knut Ipsen. Berlin: Springer 2007, S. 163-170.
- Ders.: Double or Treble Human Rights Protection? The Interplay of OSCE Standards with Other Systems of Norms. In: OSCE Yearbook 2006. Baden-Baden: Nomos 2007, S. 237-250.
- Ders.: Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung der Rule of Law in Nachkriegsgesellschaften. In: Volker Epping und Hans-Joachim Heintze (Hrsg.): Wiederherstellung staatlicher Strukturen in Nach-Konflikt-Situationen. Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum humanitären Völkerrecht, 55. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2007, S. 25-44.
- Valeska Pfarr: Nation-building in Afghanistan aus Sicht des Völkerrechts. Das Bonner Abkommen. In: ebd., S. 99-120.
- Noëlle Quénivet: The United Nations' Legal Obligations in Terms of Rule of Law in Peacebuilding Operations. In: Harvey Langholtz/Boris Kondoch/Alan Wells (Eds.): International Peacekeeping - The Yearbook of International Peace Operations Volume 11. Leiden: Brill 2007, S. 203-226.
- Dies.: Konstituierung staatsähnlicher Gebilde? Fallbeispiele aus der ehemaligen Sowjetunion. In: Volker Epping und Hans-Joachim Heintze (Hrsg.): Wiederherstellung staatlicher Strukturen in Nach-Konflikt-Situationen. Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum humanitären Völkerrecht, 55. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2007, S. 139-169.
- Brigitte Reschke: State-building im Irak. Von der kurdischen Autonomie zur Föderation. In: ebd., S. 121-137.
- Kerstin Wirth: Rechtsgrundlage und funktionale Dualität der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo. In: ebd., S. 65-98.
- Dies.: Kosovo am Vorabend der Statusentscheidung. Überlegungen zur rechtlichen Begründung und Durchsetzung der Unabhängigkeit. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 67 (2007), 4, S. 1065-1106.

Learning to Build Peace? The United Nations, Peacebuilding and Organizational Learning
Projektleiter: Dr. Wolfgang H. Reinicke, Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin

- Torsten Benner und Till Blume: “Ma Ellen macht Staat”. In: Internationale Politik (IP) 62 (2007), 12, S. 61-69.

Gewalt- und Krisenprävention

Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention
Projektleiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

- Sven Chojnacki: Auf der Suche nach des Pudels Kern: Alte und Neue Typologien in der Kriegsforschung. In: Dietrich Beyrau / Michael Hochgeschwender, / Dieter Langewiesche (Hrsg.): Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart. Paderborn u.a.: Schöningh 2007, S. 479-502.

Globalisierung und innenpolitische Stabilität. Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotential
Projektleiter: Prof. Dr. Gerald Schneider, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz

- Gerald Schneider.: War in the Era of Globalization. In: George Ritzer (Ed.): Blackwell Companion to Globalization. Oxford: Blackwell 2007, S. 630-643.
- Margit Bussmann und Gerald Schneider: When Globalization Discontent Turns Violent: Foreign Economic Liberalization and International War. In: International Studies Quarterly 51 (2007), 1, S. 79-97.

Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung
PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Bonn International Center for Conversion (BICC)

- Andreas Heinemann-Grüder: Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Vom Ethnoföderalismus zum Russland der Russen. In: Osteuropa 57 (2007), 11, S. 135-162.
- Ders.: Is There a Lasting Meaning to Russia’s Ethnofederalism? In: Indian Journal of Federal Studies 8 (2007), 15, S. 31-56.

- Ders.: Asymmetrien in multi-ethnischen Föderationen. In: Francesco Palermo (Hrsg.): Auf dem Weg zu asymmetrischem Föderalismus. Baden-Baden: Nomos 2007, S. 1-13.
- Ders.: Russia's Ethnofederalism: Under-Institutionalized, Not Self Sustaining. In: Graeme Gill (Ed.): Politics in the Russian Regions. Houdsmills: Palgrave/Macmillan 2007, S. 16-53.
- Ders.: Konfliktprävention – eine Alternative zu Militäreinsätzen? In: Friedensgutachten 2007. Berlin: Lit Verlag 2007, S. 122-134.

Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten

Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-Genocide Rwanda
Projektleiter: Prof. Dr. Lothar Brock, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

- Susanne Buckley-Zistel: Frieden entwickeln? Eine kritische Analyse der Strategien der Internationalen Gebergemeinschaft zur Friedenskonsolidierung in Ruanda. In: Sicherheit und Frieden 26 (2007), 2, S. 77-81.
- Dies.: Transitional Justice. Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung (2007). http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file889.pdf
- Dies.: Ethnographic Research after Violent Conflicts: Personal Reflections on Dilemmas and Challenges. In: Journal of Peace, Conflict and Development 10 (2007), 10, S. 1-9. http://www.peacestudiesjournal.org.uk/docs/FIELD%20WK%20Ethnographic%20research%20after%20violent%20conflict%20FINAL%20EDIT.pdf
- Dies.: Wahrheitskommissionen. Das Enthüllen der Vergangenheit als Weg zum Frieden? Wort und Antwort 48 (2007); 4; S. 181-184.
- Dies.: The Gacaca Tribunals in Rwanda: Community Justice? In: Resümee der Tagung „Civil Society and Civilian Crisis Management: Enhancing Cooperation and Coherence by Multi Level Dialogues" (Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung, 2.-4. Februar 2007, Berlin) 2007. http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file831.pdf

Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone
Projektleiter: Dr. Andreas Mehler, Institut für Afrikastudien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Matthias Basedau, Andreas Mehler und Judy Smith-Höhn: Public Perceptions of Security in Post-conflict Urban Liberia and Sierra Leone. Part I: Liberia - Caught between International, State and Non-State Actors, in: Journal of Peacebuilding and Development, 3 (2007), 2, S. 84-89
- Daniel Lambach: Oligopolies of Violence in Post-Conflict Societies. Hamburg 2007 (GIGA Working Paper 62/2007).
- Ders.: Sicherheitsmärkte in Postkonfliktgesellschaften. Implikationen für Interventionen. Hamburg 2007. (GIGA Focus Global 7/2007).
- Ders.: Liberia. In: Paul Bellamy / Karl de Rouen, (Eds.): International Security and the United States: An Encyclopedia, Vol 1. Westport: Praeger Security International 2007, S. 439-451.
- Ders.: Close Encounters in the Third Dimension. The Regional Effects of State Failure. In: Tobias Debiel / Daniel Lambach (Eds.): State Failure Revisited I: Globalization of Security and Neighborhood Effects. Duisburg 2007 (INEF-Report 87/2007), S. 32-52.
- Andreas Mehler und Judy Smith-Höhn: The Interaction of International, State and Non-State Security Actors in Liberia and Sierra Leone: Roles and Perceptions. In: Tobias Debiel / Daniel Lambach (Eds.): State Failure Revisited II: Actors of Violence and Alternative Forms of Governance. Duisburg 2007 (INEF- Report 89/2007), S. 50-66.
- Judy Smith-Höhn: Public Perceptions of Security in Post-conflict Urban Liberia and Sierra Leone. Part II: The Aftermath of Withdrawal in Sierra Leone. In: Journal of Peacebuilding and Development 3 (2007), 2, S. 90-96.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Neue nicht-tödliche Waffen – physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen
Projektleiter: Prof. Dr. Dieter Suter, Fachbereich Physik, Technische Universität Dortmund

- Jürgen Altmann: Millimetre-Wave and Laser NLW. Physics Analysis and Inferences. In: Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT) (Ed.): Non-Lethal Weapons. Fulfilling the Promise? 4th European Symposium on Non-Lethal Weapons. May 21-23, 2007, Pfinztal 2007.

Historische Friedensforschung

Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive
Projektleiterin: Prof. Dr. Ute Daniel, Historisches Seminar, Technische Universität Braunschweig

- Andreas Steinsieck: Old-Boys-Netzwerke und formale Zensur. Die Ausweitung der Kriegsberichterstattung im Südafrikanischen Krieg (1899-1902) und die Folgen für das Verhältnis von Berichterstattern und Militärs. In: Barbara Korte / Horst Tonn (Hrsg.): Kriegskorrespondenten. Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag 2007, S. 215-235.
- Ders.: Das letzte heroische Schauspiel. Kriegszeichner im Südafrikanischen Krieg (1899-1902). Verfügbar unter http://www.meltonpriorinstitut.org/content/aktuell.htm

Friedenspädagogik

Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten
Projektleiter: Prof. Dr. Volker Lenhart, Institut für Erziehungswissenschaften, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

- Volker Lenhart: Bewaffneter Konflikt und friedensbauende Bildungsmaßnahmen. In: Sabine Andresen u.a. (Hrsg.): Erziehung – Ethik – Erinnerung. Pädagogische Aufklärung als intellektuelle Herausforderung. Micha Brumlik zum 60. Geburtstag. Weinheim/Basel: Beltz 2007, S. 216-228.
- Reinhard Mitschke, Simon Braun und Volker Lenhart: Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten. Zwischenergebnisse eines Forschungs- und Entwicklungsprojektes. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. ZEP 30 (2007), 2, S. 17-22.

C. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Im Rahmen der Promotionsförderung mit Betreuungssystem wurden 2007 folgende Stipendien vergeben:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)	
1. Carsten Rauch Januar 2007 – Dezember 2008	Die Rüstungskontrollpolitik von China und Indien seit 1990
2. Andreas Schmidt Mai 2007 – April 2009	Der Einfluss völkerrechtlicher Normen auf den Einsatz militärischer Gewalt in Demokratien: Eine Analyse der Rechtskultur Indiens und Kanadas im Vorfeld des Irak-Krieges 2003

Carsten Rauch

Thema: Die Rüstungskontrollpolitik von China und Indien seit 1990

Im internationalen System steht innerhalb der nächsten Generation ein Polaritätswechsel – wenn nicht sogar ein Machtübergang – an. Dem Platzhalter USA stehen dabei vor allem die Herausforderer China und Indien gegenüber. Das (un-)friedliche Ablaufen dieses Prozesses hängt in starkem Maße vom Verhalten der Herausforderer ab. Daher stellt sich die Frage, wie Indien und China mit den Instrumenten der Gewalt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik umgehen.

In dieser Situation geben bedeutende Theorien der Internationalen Beziehungen wie der Realismus und der Liberalismus in Gestalt der Theorie des demokratischen Friedens (DF) höchst unterschiedliche Prognosen ab. Während vom Realismus, aufgrund der vergleichsweise ähnlichen Machpotentiale und Positionen im internationalen System, tendenziell ähnliches Verhalten der beiden Staaten erwartet wird, rechnet die DF-Theorie, aufgrund der stark unterschiedlichen Regierungssysteme, mit tendenziell gegensätzlichem Verhalten.

Da Rüstungskontrollpolitik einen Kernbereich der Außen- und Sicherheitspolitik bildet und darüber hinaus besonders stark mit dem Umgang mit Gewaltinstrumenten assoziiert ist, bietet sie sich als optimales Untersuchungsgebiet an.

Im Rahmen des Dissertationsprojektes werden realistische und liberale Hypothesen ausgearbeitet und sodann für China und Indien im Rahmen eines strukturieren, fokussierten Fallvergleichs in fünf verschiedenen empirischen Feldern (konventionelle Rüstung, atomare Rüstung, biologische Rüstung, chemische Rüstung sowie Raketenabwehr) im Zeitraum von 1990-2006 getestet.

Das Ergebnis der Arbeit soll in theoretischer Hinsicht dazu beitragen, die Erklärungskraft in Konkurrenz stehender IB-Theorien zu bewerten und kann im Optimalfall auch die Praxis auf potentielle Probleme des kommenden Machtübergangs vorbereiten.

Andreas Schmidt

Thema: Der Einfluss völkerrechtlicher Normen auf den Einsatz militärischer Gewalt in Demokratien: Eine Analyse der Rechtskultur Indiens und Kanadas im Vorfeld des Irak-Krieges 2003

Das interdisziplinär angelegte Dissertationsprojekt untersucht die Bedeutung zentraler völkerrechtlicher Konzeptionen – wie z.B. Souveränität, Nicht-Intervention und human security – im rechtskulturellen Kontext von Demokratien und deren Einfluss auf den Einsatz äußerer Gewalt.

In zwei vergleichenden Fallstudien werden hierfür die völkerrechtspolitischen Argumentationen in Indien und Kanada im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 anhand qualitativer Methoden in den Blick genommen.

Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass normative Strukturen eine ebenso handlungsleitende Wirkung entfalten können wie materielle. Der Verpflichtungscharakter völkerrechtlicher Normen, so die These, erwächst vor allem aus deren Legitimität. Allerdings eröffnet das Völkerrecht mit seinen zum Teil inkommensurablen Prinzipien einen kommunikativen Rechtfertigungsraum, der es den Staaten ermöglicht, legitime Argumentationen für und gegen den Einsatz militärischer Gewalt in bestimmten Konfliktsituationen zu artikulieren. Diese Tatsache gewinnt vor dem Hintergrund einer fehlenden Regelsetzungs-, Regelauslegungs- und Regeldurchsetzungsinstanz zusätzlich an Bedeutung. Dadurch geraten die länderspezifischen Interpretationen und Gewichtungen völkerrechtlicher Normen in den Untersuchungsländern auf der Basis ihrer historisch kontingenten Legitimitätsvorstellungen in den Fokus der Analyse, indem diese in ermöglichender oder beschränkender Weise deren Konfliktverhalten beeinflussen.